

Landesinfo Baden-Württemberg



Der Bundesparteitag der LINKEN zeigte sich solidarisch mit den Beschäftigten im Einzelhandel.

Bundestagswahl 2013

Grüne und SPD brechen Wahlversprechen

s. 3

LINKE Steuerkonzept Bis 6000 Euro entlasten

s. 7

Menschenrechte

Keine doppelten Standards!

s. 10

Abrüstung

Gegen Obamas Drohnenkrieg und Rüstungsexport

s. 12

Mieten

Damit Wohnen bezahlbar bleibt








s. 15

Vor 65 Jahren

Generalstreik in Württemberg-Baden

s. 24

Inhalt

	Bildernachlese zum Bundesparteitag	6
	Hartz IV: Täuschen, tricksen, sparen	7
	Fraktion vor Ort: Prekarisierung der Arbeitswelt	8
	„Taksim ist überall“	10
	Erzwungene Landung: Angriff auf das Völkerrecht	11
	Balingen: Diskussion zu Auslandseinsätzen	12
	Bund und Land müssen den Kliniken endlich helfen	15
	Mannheim: Bürgerentscheid zur Bundesgartenschau	19
	Menschenkette gegen rechts	20
	Liebe ist ein Menschenrecht!	22

Das nächste Landesinfo erscheint im Oktober 2013.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 3/2013 ist der 23. September.

Beilagenhinweis: „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Druck: Druckhaus Dresden GmbH, Bärensteiner Str. 30, 01277 Dresden.

Bundesparteitag beschloss Wahlprogramm

Vom 14. bis 16. Juni fand in Dresden der Bundesparteitag der LINKEN statt.

Fast einstimmig wurde ein Bundestagswahlprogramm verabschiedet, das die politischen Schwerpunkte der Partei für die nächsten vier Jahre benennt. Titel: 100 % sozial. Bernd Riexinger, Katja Kipping, Gregor Gysi, Sahra Wagenknecht, Matthias Höhn und Gabi Zimmer hielten in Dresden Hauptreferate. Auch Delegierte aus Baden-Württemberg meldeten sich mehrmals in der Debatte zu Wort. Das Wahlprogramm, die Reden, Grußworte und die beschlossenen Resolutionen können als Sonderheft des „Disput“ bestellt oder heruntergeladen werden: <http://www.die-linke.de/partei/>

organe/parteitag/3parteitag2tagung/

Das Wahlprogramm erscheint als Broschüre, eine Kurzfassung ist ebenfalls in Arbeit. Die Delegierten aus Baden-Württemberg bilanzierten die Ergebnisse des Parteitages als Erfolg. In Baden-Württemberg haben inzwischen die ersten Wahlkampfveranstaltungen stattgefunden: unter anderem in Mannheim mit Oskar Lafontaine, Stuttgart, Reutlingen mit Sahra Wagenknecht und Konstanz mit Gregor Gysi. In den Wahlkreisen bilden sich derzeit Wahlkampfteams, die die Aktivitäten vor Ort vorbereiten. Je mehr Mitglieder und Sympathisanten mitmachen, desto erfolgreicher werden wir sein.

Wer hilft im heißen Wahlkampf?

Liebe Genossinnen und Genossen, Wer will, dass es weiter eine starke LINKE im Bundestag gibt, muss sie auch wählen. Das wollen wir im Wahlkampf deutlich machen. Wir bitten deshalb alle Mitglieder und alle Sympathisanten im Land: unterstützt unsere 38 Direktkandidatinnen und Direktkandidaten in den Wahlkreisen; werbt für die LINKE. Werbt insbesondere für die Zweitstimme, denn diese entscheidet über die Zusammensetzung im Deutschen Bundestag.

Unsere Partei lebt vom Engagement unserer Mitglieder – nicht von Spenden aus Großindustrie und Banken. Wir haben kein Geld für teure Anzeigenkampagnen.

Jede helfende Hand im Wahlkampf ist deshalb wichtig. Jede Wahlzeitung, die verteilt oder gesteckt wird, jedes Plakat, das aufgehängt wird und jedes persönliche Gespräch bedeutet eine Hilfe, um mögliche Wählerinnen und Wähler anzusprechen. Wer im Wahlkampf helfen will, bitte bei den Kreisverbänden

oder bei der Landesgeschäftsstelle melden: Tel. 0711 / 241045, Email: lgs@die-linkw-bw.de oder eintragen unter: www.linksaktiv2013.de

Wer für den Wahlkampf spenden will, kann dies vor Ort oder beim Landesverband oder über die Bundespartei tun.

Bankverbindung des Landesverbandes: DIE LINKE BaWü:

Postbank Stuttgart, BIC: PBNKDEFF600 (BLZ: 600 100 70), IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00 (Kontonr.: 289582700);

Wer eine Spendenbescheinigung möchte, bitte Name mit Adresse angeben. Als Zweck bitte „Wahlkampf BaWü“ angeben und, wenn gewünscht, den Wahlkreis, dem die Spende direkt zugutekommen soll.

Für den Landesvorstand; solidarische Grüße von *Marta Aparicio, Christoph Cornides, Heidi Scharf, Dirk Spöri, Sybille Stamm, Bernhard Strasdeit*

Plakatspende für die Bundestagswahl 2013

Mit deiner Plakatspende kannst du dafür sorgen, dass DIE LINKE im Bundestagswahlkampf besser sichtbar ist, mehr Menschen die Plakate sehen und dass DIE LINKE ein großartiges Wahlergebnis einfährt. Sei dabei und mach deinen Nachbarn eine Freude.

Spende hier (Internetadresse siehe unten) für ein Großflächenplakat an einem Standort deiner Wahl. Natürlich können auch Mitglieder von Orts- und Kreisverbänden über diese Seite Großplakate spenden.

Wann soll das Plakat hängen?

Großflächenplakate werden immer für einen Zeitraum von zehn beziehungsweise elf Tagen plakatiert. (genaue Zeiträume siehe Internetseite). Für jeden Zeitraum haben wir ein anderes Motiv vorgesehen. Das endgültige Aussehen

der Motive können wir hier leider noch nicht angeben.

Plakate spenden? Ganz einfach – So funktioniert es.

Bei einer Plakatspende suchst du einen oder mehrere Plakatstandorte aus, an denen wir Großflächenplakate für DIE LINKE aufhängen. Dafür spendest du uns den Betrag, den dieser Standort für 10 beziehungsweise 11 Tage kostet. Dieses Geld werden wir bei Abschluss der Spende und der Bestätigung, dass diese Fläche tatsächlich frei ist und für uns reserviert wird, von deinem Konto einziehen. Jede Spenderin und jeder Spender erhält eine Spendenquittung, damit die Spende steuerlich berücksichtigt werden kann.

<https://www.die-linke.de/nc/dielinke/spenden/plakatspende/>



Wahlkampfauftakt mit Sahra Wagenknecht, im Bild mit Heike Hänsel, in Reutlingen am 28. Juni. Sie sprach dort vor rund 250 Menschen vor der Marienkirche.



Grüne und SPD brechen Wahlversprechen – siehe Baden-Württemberg

Michael Schlecht, Spitzenkandidat der LINKEN in Baden-Württemberg

Bestimmten Forderungen, die SPD und Grüne im Wahlkampf zur Bundestagswahl verkünden, kann man nur zustimmen – auch wenn sie häufig hinter den Forderungen der Linken zurückbleiben. Zum Beispiel wollen sie Leiharbeit und Befristungen regulieren.

Allerdings bleibt das ungute Gefühl, ob die Wahlversprechen auch eingehal-

ten werden. Manch einem ist noch die zynische Bemerkung von Müntefering aus dem Jahr 2006 in Erinnerung: „Ich bleibe dabei: Dass wir oft an Wahlkampfaußagen gemessen werden, ist nicht gerecht.“

Aus der Vergangenheit könnte man eine lange Liste mit gebrochenen Wahlversprechen aufstellen. Gerade für Rot-Grün. Aber auch in der jüngsten Zeit gingen SPD und Grüne mit ihren Versprechen höchst „kreativ“ um. So ha-

ben sie nach der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg viele Wahlversprechen gebrochen.

Der eklatanteste Bruch findet bei der Bildung statt. Man wolle endlich gemeinsames Lernen verwirklichen, den Lehrermangel beheben und vieles andere mehr. So tönte es vor der Wahl. Der ehemalige Ministerpräsident Mappus wurde beschimpft, weil im Wahlkampf durchsickerte, dass er beabsichtige in Zukunft 4000 Lehrerstellen zu streichen. Die Beschimpfung war berechtigt, jedoch haben Kretschmann und Schmid nach der Wahl verkündet, dass sie sogar 6000 Stellen streichen wollen. Bis zum Ende des Jahrzehntes sollen es nahezu 12.000 werden.

Auch in vielen anderen Bereichen wird gekürzt und gestrichen. So sollen im öffentlichen Dienst 5000 Stellen abgebaut werden. Die Bezüge der Beamten werden erst Monate nach der Tarifanhebung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst angehoben. Die Anhebung der Diäten der Landtagsabgeordneten um 3,2 Prozent zum 1. Juli wurde jedoch nicht verschoben.

Und weshalb dieser fortgesetzte Bruch von Wahlversprechen? Weil der Landeshaushalt auf Biegen und Brechen „konsolidiert“ werden soll. Rund 2,5 Milliarden jährliche Ausgaben wollen Grüne und SPD verkürzen. Der Fiskalpakt, der dies vorschreibt, wurde von ihnen nicht nur unterstützt, sondern aktiv mit vorangetrieben. Für den vermeintlichen „Sachzwang“ zum Kürzen sind Grüne und SPD selbst mitverantwortlich. Nur mit ihrer Zustimmung im Bundestag ist der Fiskalpakt in das Grundgesetz aufgenommen worden!



Pforzheim: Nach der Verabschiedung ihres Wahlprogramms auf dem Bundesparteitag in Dresden startete DIE LINKE eine Aktionswoche unter dem Motto „100% sozial – 100% vor Ort“. Zahlreiche Kreisverbände waren aktiv, so auch Pforzheim. Als Auftakt besuchten Mitglieder des Kreisverbandes am Montag, 17. Juni die Pforzemer Mess. Dort kamen Bundestagskandidat Milan Kopriva (im roten T-Shirt) und seine Mitstreiterinnen mit Schaustellern und Besuchern ins Gespräch.

DIE LINKE war die einzige Fraktion, die geschlossen dagegen gestimmt hat.

Um aus dem Dilemma der knappen Kassen und wichtiger Reformprojekte herauszukommen, bleibt nur die massive Besteuerung von Reichen und Vermögenden. Eine Vermögensteuer ist gerade wichtig für Länder mit klammen Kassen, da sie vollständig den Länderhaushalten zugutekommt.

Die SPD hat im Bundestagswahlprogramm unverbindlich eine Vermögensteuer in Aussicht gestellt ohne die Ausgestaltung, also Freibeträge und Steuersatz zu benennen. Die Grünen wollen lediglich eine Vermögensabgabe, die „über mehrere Jahre verteilt“ insgesamt 100 Milliarden Euro erbringen soll. Dieses Geld soll zum Schuldenabbau verwandt werden. Für die Länder, für die Bildung bringt dies nichts. Erst langfristig, in vielen Jahren wollen die Grünen eine Vermögensteuer einführen.

DIE LINKE hingegen will eine Millionärsteuer. Vermögen ab einer Million soll mit fünf Prozent besteuert werden. 80 Milliarden Euro zusätzliche Einnah-

men sind so möglich, die alleine den Ländern zufließen. Alleine Baden-Württemberg würde mehr als zehn Milliarden Euro erhalten. Damit wäre nicht nur die Bildung und Erziehung gerettet, sondern vieles anderes mehr. So könnte der ökologische Energieumbau finanziert oder die Infrastruktur, marode Brücken und Straßen könnten saniert werden.

Aber selbst die bescheidenen Ansätze ihrer eigenen Parteien werden von Kretschmann und Schmid sabotiert. So haben beide angekündigt, dass Baden-Württemberg zu weit gehende steuerliche Verpflichtungen für Reiche im Bundesrat verhindern werde.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Der Ministerpräsident und sein Vize brechen lieber Wahlversprechen, kürzen Lehrerstellen, anstatt an vorderster Linie für eine massive steuerliche Verpflichtung für Reiche, die es gerade in Baden-Württemberg gibt, zu sorgen!

Mehr Informationen erhalten Sie auch unter www.michael-schlecht-mdb.de



Oskar Lafontaine sprach am 7. Juni vor 300 Zuhörern im Gewerkschaftshaus Mannheim bei der Wahlveranstaltung der LINKEN zum Thema: „Je stärker die LINKE, desto sozialer das Land“.

Der Parteichef von nebenan

Ausstieg Seit einem Jahr führt der Stuttgarter Bernd Riexinger gemeinsam mit der Sächsin Katja Kipping die Linkspartei. Beide haben einen entscheidenden Anteil daran, dass die Zeit der Selbstzerstörung überwunden scheint. Bei seiner Wahl noch als Lafontaine-Günstling hingestellt, fühlt sich der Schwabe nun akzeptiert. Von Matthias Schiemeyer

Es ist noch wie vor Jahren, als er den Raum mit seinem Gast zu betreten, ist er hell da. Die Vorsitzende der Linkspartei trägt eine rote Platinenbrille mit sich. Aufschrei: „Hier kommt die Linke“. Obwohl viele Millionenere politischer Berater die Selbstzerstörung aus dem Konzept drängt, ist Riexinger noch der Abgeordnete, welcher, unweit und seine Gesprächspartner ernst ansehend.

„Vielen Dank, dass ich mit euch diskutieren darf“, begrüßt er in den Bundestagskammern neben dem Bundestag 28 junge Gewerkschafter aus dem Ruhrgebiet, die bei seinem Besuch zuhören, wie die Linkspartei an die Macht kommt. Auch seine Themen sind noch die alten. Riexinger verlangt, dass die Gewerkschaften politisch mehr mitbestimmen sollen und dass Linke Politik an der Spitze der Menschen ansetzen muss. Und er will die Jugend stärker einbeziehen. Der Parteichef kann und will den Gewerkschaften nicht abschätzen, wie sie die Partei sehen. Katja Kipping vertritt die Partei.



Bernd Riexinger in Dresden zur Koalitionsdebatte: „Wir bereiten uns definitiv nicht auf einen Koalitionswahlkampf vor. Wir werben im Wahlkampf für unsere eigenen Positionen. Aber ich will auch sagen, wie die Debatte, die ja von Katja und mir durchaus auch eröffnet wurde, zustande kam. Das „Hamburger Abendblatt“ hat uns in einem Interview gefragt, Frau Kipping, Herr Riexinger, mit Ihnen, mit der LINKEN will doch sowieso niemand regieren, und Sie wollen doch auch nicht. Dann haben wir etwas flapsig, aber ich finde ganz korrekt gesagt: Wie kommen Sie darauf? Wenn jemand mit uns Löhne vereinbart, von denen die Menschen leben können, wenn jemand mit uns Renten vereinbart, die den Lebensstandard im Alter sichern und die Menschen nicht in die Armut schicken, wenn jemand mit uns das Hartz-IV-System abschafft und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt, wenn jemand, um das alles zu finanzieren, umverteilt, damit Reiche und Vermögende bezahlen müssen, und wenn jemand mit uns Friedenspolitik macht, dann sind wir dabei. Dann sagen viele, aber Herr Riexinger, das wissen Sie doch ganz genau: Da können die Anderen doch gar nicht mitmachen. Die Latte, die Sie da legen, ist doch viel zu hoch. Da müssen wir mal ernsthaft diskutieren, was das bedeutet. Es geht hier nämlich um nichts anderes als um Selbstverständlichkeiten. Muss es denn nicht selbstverständlich sein, dass in einem reichen Land Löhne bezahlt werden, von denen die Menschen leben können?! Ist es denn nicht selbstverständlich, dass Menschen, die arbeiten, im Alter nicht arm werden dürfen und ihren Lebensstandard sichern?! Ist es denn nicht selbstverständlich, dass der, der erwerbslos wird, nicht in die Armut gestürzt werden darf?! Ist es denn nicht selbstverständlich, dass sich Reiche und Vermögende an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen müssen, und war es nicht einmal der Grundkonsens dieser Republik, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf?! Auch deshalb brauchen wir eine starke LINKE, damit Selbstverständliches wieder selbstverständlich wird! (Zeitungsausschnitt aus Stuttgarter Zeitung)

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land – Oskar Lafontaine in Mannheim

„Wir wollen Spenden von Konzernen an politische Parteien verbieten – denn nur so kann garantiert werden, dass die Parteien auch tatsächlich die Interessen der Bevölkerung vertreten und nicht von Konzernen und Banken!“ so Oskar Lafontaine unter dem Applaus der 300 Zuhörerinnen und Zuhörer am Donnerstag, 7. Juni, im Mannheimer Gewerkschaftshaus, wo der ehemalige Parteivorsitzende gemeinsam mit dem Mannheimer Bundestagabgeordnete Michael Schlecht und Stadtrat Thomas Trüper den Wahlkampf der LINKEN Mannheim eröffnete.

Derzeit sei es gang und gäbe, dass nicht etwa die Kanzlerin oder der Bundestag die Leitlinien der Politik vorgäben, sondern in erster Linie Großkonzerne und Großbanken: „Dies ist unvereinbar mit den Grundwerten der Demokratie! Wer die Demokratie schützen will, muss deshalb die Machtfrage stellen und entsprechende Antworten geben.“ Wie diese Antworten aussehen könnten, skizzierte Lafontaine in gewohnter Klarheit: Eine Entmachtung der Großbanken und eine demokratische Kontrolle der Schlüsselindustrien habe nichts mit Staatssozialismus zu tun, sondern mit einer Rückgewinnung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft.

Ein zentraler Erfolg der LINKEN sei es, soziale Themen wieder auf die politische Agenda zu setzen: „Wir stehen nicht nur unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, sondern auch unter Beobachtung des politischen Gegners“, so Michael Schlecht, Spitzenkandidat der LINKEN in Baden-Württemberg. Dies habe zur Folge, dass sich die anderen Parteien die Themen der LINKEN zu eigen mache. „Schließlich haben die anderen Parteien kein Interesse daran, dass wir stärker werden“, so Schlecht. Die Abschaffung der Praxisgebühr sei ein Beispiel dafür, wie sich die Beharrlichkeit der Linksfraktion im Bundestag schließlich bezahlt gemacht habe.

Am Ziel sei DIE LINKE jedoch noch lange nicht: Das Alleinstellungsmerkmal der LINKEN ist immer noch, die Abschaffung von Hartz IV mitsamt seines Sanktionsapparates zu fordern. Michael Schlecht: „Mir wäre es lieber, die anderen Parteien würden auch in diesem Punkt bei uns abschreiben und dieses menschenunwürdige Sanktionsregime endlich abschaffen.“ Da diese Perspektive jedoch in weiter Ferne scheine, brauche es auch in der nächsten Legislaturperiode eine starke Linksfraktion – denn nur so sei die Vertretung sozialer Interessen auch im Bundestag gewahrt.

Christoph Rehm

Broschüre zu landespolitischen Positionen erschienen: Was SPD und Grüne versprechen und in Baden-Württemberg nicht halten

Eine Bilanz nach zwei Jahren „Grün-Rot“ in Stuttgart

Im Bundestagswahlkampf machen SPD und Grüne wieder viele Versprechen und Ankündigungen. Doch in einem Punkt hatte der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl Recht: „Entscheidend ist, was hinten raus kommt!“. Das kann man aktuell in Baden-Württemberg studieren. Dort sind Grüne und SPD seit April 2011 an der Regierung. Wir stellen die Versprechen und Ankündigungen von SPD und Grünen aus dem Wahlkampf und im Koalitionsvertrag ihrem tatsächlichen Handeln in den wichtigsten Politikfeldern seit dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg gegenüber. Bilden Sie sich selbst eine Meinung, ob Sie diese Politik für gelungen oder vertrauenswürdig halten. Was kann man diesen beiden Parteien im Bundestagswahlkampf noch glauben? DIE LINKE erinnert im Bundestag SPD und Grüne regelmäßig an ihre Wahlversprechen und macht Druck. Für mehr soziale Gerechtigkeit, eine ökologische Wende und mehr Bürgerbeteiligung. Ohne DIE LINKE vergessen die anderen Parteien ihre Wahlversprechen schnell. Wir können die Anderen treiben. Das haben wir bewiesen. DIE LINKE macht den Unterschied – was versprochen und was tatsächlich gehalten wird. Die Texte wurden vom Landesvorstand und mit Beteiligung von LAGs erarbeitet und werden fortlaufend aktualisiert. Sie ist unter www.die-linke-bw.de herunterzuladen.

Übersicht

- Bildung 1: Ganztagschule, Kindertagesstätten
- Bildung 2: Unterrichtsausfall, Forschung und Universität
- Demokratie 1: Bürgerbeteiligung, Wahlrecht
- Demokratie 2: Transparenz, Volksabstimmungen
- Umwelt & Energie 1: Atomkraft, Energiewende
- Umwelt & Energie 2: Strompreise, Stadtwerke
- Verkehrspolitik: Stuttgart 21, Rheintalbahn
- Frauenpolitik: Frauen in der Politik, Frauen in Not
- Gleichstellung: Diskriminierung, In den Schulen
- Gesundheitspolitik: Pflegenotstand, Krankenhäuser
- Behindertenpolitik: Inklusion, Rechte von Behinderten
- Mieten & Wohnen: Wohnungsbau, Wohnungsprivatisierungen
- Soziales & Wirtschaft 1: Tariftreuegesetz, Leiharbeit, Kinderarmut
- Soziales & Wirtschaft 2: Stellenabbau, Regionen und ländlicher Raum
- Innenpolitik: Asylrecht, Rechtsextremismus



Der LINKE-Kreisverband Schwarzwald-Baar-Heuberg unterstützte die Aktion für gerechte Löhne für gute Arbeitsleistung. Im Bild: Kundgebung vor dem Kaufland in Spaichingen am Donnerstagnachmittag, 27. Juni, mit unseren aktiven Genossen aus Deilingen, Dunningen und Schramberg. Foto: Otto Kuolt.



Linkes Steuerkonzept: Bis 6000 Euro im Monat entlasten, darüber belasten

Die LINKE will, dass Menschen mit niedrigem Einkommen weniger Steuern zahlen. Wer ein Durchschnittseinkommen von 2500 Euro zu versteuern hat, wird um 100 Euro im Monat entlastet.

Bis zu einem zu versteuernden Monatseinkommen von knapp 6000 Euro soll es Steuersenkungen geben – also bis zu einem Jahreseinkommen von rund 70.000 Euro. Oberhalb davon sollen mehr Steuern gezahlt werden. Vereinfacht kann man sagen:

Wer weniger als 6000 Euro im Monat versteuert, wird entlastet. Wer mehr hat, wird belastet.

Um die Entlastungen zu finanzieren, werden Besserverdienende, Reiche und Menschen mit Einkommen in Millionenhöhe wieder stärker zur Kasse gebeten. Einkommensteile oberhalb von 65.000 Euro im Jahr werden mit 53 Prozent als Spitzensteuersatz besteuert. Manche malen Schreckgebilde an die Wand, als ob der „Untergang des Abendlandes“ drohe. Zur Erinnerung: Dieser Steuersatz galt bis 1998 auch unter Kanzler Kohl. Der „Untergang“ droht auch nicht, wenn Einkommensmillionäre 75 Prozent Steuern auf die Einkommensteile oberhalb einer Million zahlen.

SPD und Grüne haben vor zehn Jahren den Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf heute 42 Prozent abgesenkt. Ein-

kommensmillionären werden seitdem Jahr für Jahr 100.000 Euro geschenkt. Mehr als zehn Milliarden Euro fehlen jedes Jahr dadurch für Aufgaben des Staates. DIE LINKE will diese „Reform“ für die Reichen wieder rückgängig machen!

Grüne und SPD haben im Wahlkampf entdeckt, dass sich mehr Steuergerechtigkeit gut macht. Deshalb sollen Reiche und Vermögende wieder stärker belastet werden. Den Spitzensteuersatz von zurzeit 42 Prozent wollen sie wieder anheben. Jedoch soll es nicht wieder auf 53 Prozent hinauf gehen, sondern nur auf 49 Prozent. Außerdem sollen Besserverdienende geschont werden, indem der Spitzensteuersatz erst für Einkommensteile ab einem Jahreseinkommen von 80.000 Euro bei den Grünen und 100.000 Euro bei der SPD angewandt werden soll. So werden verdeckte Polster für Wohlhabende in das Steuerkonzept eingebaut.

Entlastungen für Menschen mit geringem Einkommen gibt es bei der SPD überhaupt nicht. Alles bleibt beim Alten. Und bei den Grünen sind nur minimale Entlastungen vorgesehen, die praktisch gar nicht spürbar sind. So soll jemand mit einem Durchschnittseinkommen von 2500 Euro im Monat gerade einmal um sechs Euro entlastet werden! Gegenüber den 100 Euro im Konzept DIE LINKE ist dies verschwindend gering.



Täuschen, tricksen, sparen

Katja Kipping: Bundesregierung rechnet Regelsatz für Hartz IV klein

Ob im Familien- oder im Sozialministerium, die Bundesregierung spinnt sich die Wirklichkeit so zu recht, bis sie ihr passt: Nach dem Skandal um den zensierten Armuts- und Reichtumsbericht liegt nun der neue Beleg für die unlautere Praxis im Hause von der Leyens vor. Die Bundesregierung hat nachweislich die Berechnungen für den Regelsatz bei Hartz IV manipuliert, um ihn möglichst klein zu rechnen, und dabei klar gegen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2010 verstoßen. Die Kritik der LINKEN am Verfahren wurde erneut über neue Studien bestätigt.

Und so wurde es gemacht:

Trick 1: Entgegen der Auflage des Bundesverfassungsgerichts hat die Bundesregierung die so genannten verdeckten armen Haushalte nicht aus der Ermittlung des Existenzminimums heraus gerechnet. Verdeckt Arme finden sich massenhaft auch in der so genannten Referenzgruppe zur Ermittlung der Hartz IV-Leistungen. Die Ausgaben von Hartz IV-berechtigten Personen werden damit zugrundegelegt, um die Hartz IV-Leistungen zu ermitteln. Dies ist ein klassischer Zirkelschluss, der laut Verfassungsgericht unbedingt vermieden werden muss.

Eine Expertise des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BA zeigt nun: Es gibt massenhaft verdeckte Arme in der Referenzgruppe. Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung sind dies bis zu 4,9 Millionen Menschen, die unterhalb des offiziellen Existenzminimums leben.

Dem Bericht des Ministeriums zur Ermittlung des Regelbedarfs bei Hartz IV, der seit Ende Juni vorliegt, ist nun zu entnehmen, dass die Bundesregierung den Regelsatz bewusst klein rechnet: So sei es kein Problem, wenn von den Ausgaben von Hartz IV berechtigten Personen auf das menschenwürdige Existenzminimum geschlossen wird, denn ansonsten käme es zu einer „Verlagerung der Referenzgruppe in den mittleren Einkommensbereich“. Übersetzt heißt dies: Folgte man den Auflagen des Bundesverfassungsgerichts, wäre der Regelsatz für Hartz IV höher.

Wenn die verdeckt armen Haushalte aus der Referenzgruppe heraus gerechnet werden, so ändert sich die soziale Zusammensetzung der Referenzgruppe. Die korrekte Referenzgruppe hat mehr Einkommen und gibt folglich mehr aus – der durchschnittliche Konsum der Referenzgruppe stiege von 843 Euro auf 864 Euro; die Einkommensobergrenze von 901 Euro auf 945 Euro (S. 32). Damit



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Fraktion DIE LINKE luden anlässlich zehn Jahren Agenda 2010 zur Sozialkonferenz nach Tübingen ein. Über 140 Interessierte kamen. Prof. Butterwegge kritisierte die Agenda 2010 und ihre sozialen Folgen, sowie die Umverteilung von unten nach oben. Dem Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens erteilte er eine Absage und forderte stattdessen eine bedarfsgerechte Mindestsicherung. Im Bild (von links) Karin Binder (MdB), Hauptreferent Prof. Christoph Butterwegge und Heike Hänsel (MdB).

müssten systematisch nach den Regeln des Bedarfsermittlungsgesetzes auch die Regelbedarfe – sprich die Grundsicherungsleistungen (SGB II / Hartz IV und Grundsicherung im Alter und Sozialhilfe nach SGB XII) – angehoben werden. Die Tatsache, dass die Bundesregierung ein Einkommen von Alleinstehenden von 945 Euro als „mittleren Einkommensbereich“ bezeichnet, kann nur noch als zynisch bezeichnet werden.

Trick 2: Die Bundesregierung hat willkürlich die Referenzgruppe verkleinert -statt der untersten 20% der Haushalte wurden nun die untersten 15% zugrunde gelegt. Eine ärmere Referenzgruppe bedeutet geringere Regelbedarfe.

Trick 3: Schließlich hat die Bundesregierung zahlreiche Ausgaben als nicht regelsatzrelevant erklärt, die ehemals in die Berechnungsgrundlage einfließen. So wurden u.a. Ausgaben für Blumen, Weihnachtsbäume und Urlaube nicht mehr in die Ausgangsberechnung einbezogen.

im Hartz IV-System. In der kommenden Legislaturperiode werden wir zudem ein Konzept für eine sanktionsfreie Mindestsicherung entwickeln, die sicherstellt, dass niemand unter 1.050 Euro fällt.

„Werkverträgen die Giftzähne ziehen“

Weissach, 20. Juni. Klaus Ernst, Mitglied der Spitzenmannschaft der Linken, referierte in Weissach zu Problemen, die sich für Beschäftigte aus Werkverträgen ergeben. Nach jüngsten Veröffentlichungen des SWR werden sie zu Lohndumping missbraucht, aber auch gegenüber Ingenieuren z.B. im Bereich der PKW-Entwicklung sind sie oft nicht unproblematisch.

In einer trotz hochsommerlichem Wetter gut besuchten Veranstaltung der Bundestagsfraktion der Linken erläuterte Klaus Ernst das äußerst schwierige

fen werden. Und eine Vergütung über Zeiteinheiten widerspräche der Idee des Werkvertrags von vornherein.

Ernst kritisierte die Arbeitsministerin: „Mit einem großen Kongress hat Frau von der Leyen so getan, als wolle sie gegen den Missbrauch von Werkverträgen vorgehen. Aber in Wirklichkeit wollen CDU und FDP, dass alles so bleibt, wie es ist.“

Richard Pitterle, der Sindelfinger Bundestagsabgeordnete der Linken, der im Zivilberuf Fachanwalt für Arbeitsrecht ist, ergänzte: „Weitreichende gesetzliche Regelungen sind enorm wichtig, ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schwierig es für Arbeitnehmer ist, innerhalb eines Werkvertrags zu ihrem Recht zu kommen.“

Darüber hinaus erläuterte Pitterle, dass die Linke im Kreis Böblingen hinter dem Cluster der Premiummarken und ihren Entwicklungsstandorten im Kreis steht, zu denen er auch den Bosch-Ausbau in Renningen und den Aufbau



Die LINKE beteiligte sich in zahlreichen Orten in Baden-Württemberg am Aktionstag UmFairteilen. Unser Bilder: links in Freiburg, wo sich 500 Menschen versammelten; rechts: Aktion in Tübingen mit Heike Hänsel.

Das bewusst manipulative Vorgehen der Bundesregierung ist nicht zu rechtfertigen: Ein unmissverständlicher Auftrag des Verfassungsgerichts wird ignoriert, die Leistungsansprüche von Millionen Menschen bleiben ungedeckt und das Existenzminimum wird bewusst kleingerechnet.

DIE LINKE fordert daher, dass sich die Bundesregierung zumindest an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hält und den Hartz IV-Regelsatz entsprechend seinen Vorgaben zum menschenwürdigen Existenzminimum grundgesetzkonform berechnet. Die LINKE hat plausibel vorgerechnet, dass der Regelbedarf nach konsequenter Anwendung des etablierten Berechnungsverfahrens mindestens 500 Euro betragen muss. Deshalb fordert die LINKE in ihrem Wahlprogramm auch die sofortige Anhebung des Regelsatzes auf 500 Euro sowie die Streichung aller Sanktionen

ge Thema. „Nach dem Hartz-II-Gesetz von Rot-Grün unter Kanzler Schröder wurde vor allem die Leiharbeit dazu missbraucht, die Löhne zu drücken: Die massive Einstellung von Leiharbeitern bedrohte das Lohnniveau der Stammbeschäftigten. Nachdem jetzt die IG Metall einen Tarifvertrag zum Umgang mit Leiharbeitern abschließen konnte, versuchen die Arbeitgeber das Lohndumping über Werkverträge zu organisieren.“

Ernst verwies auf einen Gesetzesentwurf der Linken, der darauf abzielte, „Werkverträgen die Giftzähne zu ziehen“: Die Werkvertragsfirma müsste mit eigenem Werkzeug arbeiten und dürfte für sich selbst keine Leiharbeiter beschäftigen. Wenn vorher eigene Mitarbeiter die Arbeit erledigten, sollte eine Auslagerung via Werkvertrag ausgeschlossen bleiben. Keinesfalls dürfe die Werkvertragsfirma dem Zeitmanagement des Auftragsgebers unterwor-

des Daimler-Werkzeugbaus in Sindelfingen zählt. „Hier in Weissach halte ich die kommunalpolitischen Probleme für lösbar, die sich immer bei Standortausbauten ergeben, wie zum Beispiel die Verkehrs- und Parkplatzsituation. Allerdings wiegt der Verdacht des BUND schwer, die Kommunalpolitik habe ein Biotop verschwinden lassen, damit sich Porsche ungehindert 3,2 Hektar Wald aneignen könne.“

Prekarisierung der Arbeitswelt

Über 300 Interessierte bei „Fraktion vor Ort“ mit Sahra Wagenknecht

300 begeisterte Teilnehmer bei Veranstaltung der LINKE-Fraktion im Stuttgarter Gewerkschaftshaus. Sahra Wagenknecht sieht die „Prekarisierung der

Arbeitswelt“ als Geschenk der Politik an die Wirtschaft.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat am 10. Juni ins Stuttgarter Gewerkschaftshaus eingeladen, um mit Abgeordneten, Gewerkschaftern und Beschäftigten über die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den letzten zehn Jahren zu sprechen. Michael Schlecht, Chefvolkswirt der LINKE-Fraktion, führte durch den Abend.

Als erster beschrieb Bernhard Löffler, Vorsitzender der DGB-Region Nordwürttemberg, wie Armut und Reichtum in Baden-Württemberg gleichzeitig immer weiter zunehmen und wie prekäre Beschäftigung dazu beiträgt. „Jeder fünfte Mensch in Deutschland ist arm. Seit 2007 sind jedes Jahr mehr Menschen betroffen“, so Löffler.

Karl Reif, Ortsvorstand der IG Metall Stuttgart und Betriebsrat bei Daimler in Untertürkheim, beschäftigt, wie auch beim Weltkonzern Leiharbeit und Werkverträge für Lohndumping missbraucht werden. Über Leiharbeit werde bei Daimler eine „Klassengesellschaft“ eingeführt, bei der die Beschäftigten der dritten und vierten Klasse weniger als die Hälfte des Lohns der Stammebeschäftigten erhielten.

Die Stuttgarter Verdi-Sekretärin Christina Frank erzählte von den Schwierigkeiten, in der Tarifrunde des Einzelhandels Streiks zu organisieren. „Im Einzelhandel ist jeder Vierte ein Minijobber und weitere 20 Prozent sind Studierende“, so Frank. „Manchmal müssen wir sogar Beschäftigte dazu drängen, nicht zu streiken, weil ihr befristeter Vertrag sonst nicht verlängert wird.“ Als Überraschungsgast brachte die Verdi-Sekretärin Rafael Mota Machato mit, Betriebsrat einer Stuttgarter H&M-Filiale. Er berichtete von den katastrophalen Arbeitsbedingungen mit Verträgen, die nur zehn Arbeitsstunden pro Woche garantieren.



Die Referentinnen und Referenten

Volker Mörbe, Verdi-Landesvorsitzender Fachbereich Gesundheit, beschrieb Zustände in deutschen Krankenhäusern, in denen wöchentlich die Gesundheit der Patienten gefährdet wird bei nicht ausreichender Personaldecke. Die Einsatzbereitschaft der Beschäftigten werde missbraucht, um immer mehr Stellen abzubauen und Überstunden an-

Sybille Stamm: Ein Euro mehr, das habt ihr euch verdient

„Meine Partei unterstützt die Aktionen und Streiks der Verkäuferinnen, wo immer sie kann“, erklärte Sybille Stamm, Landesvorsitzende der LINKEN Baden-Württemberg. Stamm weiter: „Die Forderung von Ver.di nach einem Euro mehr pro Stunde für alle Beschäftigten im Einzelhandel ist nicht nur berechtigt, sondern auch dringend notwendig. In dieser Branche arbeiten bundesweit drei Millionen Beschäftig-

te, häufig für Monatslöhne auf Höhe des Arbeitslosengeldes II. Das Ziel des Arbeitgeberverbandes, Arbeitszeiten weiter zu flexibilisieren und Zuschläge zu senken, muss deshalb verhindert werden. Wir von der LINKEN protestieren, demonstrieren und helfen bei den Streiks, wo immer das sinnvoll ist und wünschen den kämpfenden Beschäftigten viel Erfolg und einen langen Atem.“

Richard Pitterle: „Den Verkäuferinnen einen guten Lohn!“

„Die Kündigung aller Tarifverträge im Einzelhandel ist ein bisher nie dagewesener Angriff auf soziale Errungenschaften und Rechte im Einzelhandel“, erklärt der Sindelfinger Bundestagsabgeordnete der Linken, Richard Pitterle. „Im Kampf um bessere Tarifverträge unterstütze ich die Kolleginnen und Kollegen und fordere darüber hinaus die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro.“ Pitterle weiter:

„In Baden-Württemberg müssen 282.071 Beschäftigte um ihre Gehaltseinstufung und die Zuschläge für Wochenend-, Spät- und Nachtdienste wachen, so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gibt es laut Arbeitsagentur bei uns im Einzelhandel. Davon sind 202.765 Frauen. Darüber hinaus sind bei uns bereits zehntausende als Mini- und Midijobber beschäftigt. Die Arbeitgeber haben fast alle bestehenden Tarifverträge aufgekündigt und

blasen damit zu einem Generalangriff auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Am heutigen Dienstag finden in Sindelfingen dazu Verhandlungen statt.

Und diese Arbeitsbedingungen im Einzelhandel haben sich durch eine seit Jahren stattfindende Tariffucht der Arbeitgeber ohnehin schon dramatisch verschlechtert: 33,7 Prozent der mehrheitlich weiblich Beschäftigten arbeiten im Einzelhandel in Baden-Württemberg unterhalb der offiziellen Niedriglohngrenze von 10,36 Euro.

Angesichts der riesigen Gewinne von Aldi, Rewe, C&A und Co ist das ein Skandal. Im Kampf für gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne haben die Beschäftigten des Einzelhandels meine volle Unterstützung, und ich bitte auch die Kunden, sich in den laufenden Tarifaueinandersetzungen mit den Verkäuferinnen und Verkäufern solidarisch zu zeigen.“

zuzuhäufen. Am Ende gefährdet das auch die Patienten, so Mörbe.

Die Sozialpädagogin Maggie Klingler-Lauer schilderte ihre Arbeit beim Sozialen Dienst Stuttgart und die Auswirkungen der Armut auf die betroffenen Menschen. Die Arbeitsagenturen zwingen die Menschen jeden noch so schlechten Job anzunehmen, zum Beispiel auch alleinerziehende Mütter. Wer sich weigert, dem werden die niedrigen Hartz-IV-Leistungen noch weiter gekürzt, berichtete Klingler-Lauer. Diese Zustände lassen auch die Mitarbeiter des Sozialen Dienstes verzweifeln, weil sie den Menschen kaum noch helfen könnten.

Den größten Applaus erhielt zum Abschluss Sahra Wagenknecht, 1. stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Sie kritisierte scharf die Einführung der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze, die vor zehn Jahren die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Millionen Menschen ermöglicht haben. „Diese Gesetze haben CDU, FDP, SPD und Grüne

gemeinsam beschlossen. Es gibt keinen Lagerwahlkampf zwischen Merkel und Steinbrück. Es gibt nur die neoliberale Einheitspartei und DIE LINKE“, so Wagenknecht.

Sie schilderte weiter, dass der Niedriglohnsektor nicht zum Wohle der Beschäftigten, sondern für die Steigerung der Gewinne der Wirtschaft geschaffen wurde. „Die Notwendigkeit der flexiblen Arbeit ist ein Märchen. Unter Helmut Kohl war Leiharbeit nur sehr eingeschränkt möglich und die Wirtschaft hat trotzdem funktioniert“, so die Abgeordnete.

Außer den Referenten berichteten mehrere Teilnehmer von den verschärften Arbeitsbedingungen in ihrem Betrieb, aber auch von dem Schikanieren durch Arbeitsagentur und Jobcenter, bei Arbeitssuchenden.

Die Veranstaltung zeigte, dass auch im „reichen“ Baden-Württemberg viele Menschen unter der herrschenden Politik leiden und dass zumindest einige nicht weiter bereit sind, die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen schweigend hinzunehmen.

Annette Groth: Bei den Menschenrechten keine doppelten Standards anlegen!

Die menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Annette Groth, zum zehnten Menschenrechtsbericht der Bundesregierung am 28. Juni im Deutschen Bundestag.

Weltweit kritisieren wir die Verletzung von Menschenrechten. Das ist auch richtig! Wenn es aber um Menschenrechte in Deutschland und in den Ländern der EU geht, schweigen sie in den Regierungsfractionen, obwohl sich die Lage in den letzten Jahren spürbar verschlechtert hat. Einige Beispiele dazu.

Heftig und völlig zu Recht hat die Bundesregierung das brutale Vorgehen der türkischen Polizei kritisiert. Als aber die deutsche Polizei während der Blockupy-Aktionstage in Frankfurt mit äußerster Härte eine Demonstration verhindert und mehr als tausend Demonstrierende einkesselt hat, schwieg die Regierung. Das nehmen wir nicht hin!

Die maßgeblich von Troika und der Bundesregierung betriebene Austeritätspolitik stürzt ein Großteil der Bevölkerung in den südeuropäischen Ländern ins Elend. In Griechenland hat fast ein Drittel der Bevölkerung keine Krankenversicherung mehr; viele Menschen können sich keinen Arztbesuch mehr leisten, Kinder kommen hungrig in die Schule. In Portugal und Spanien sind 50 Prozent der Jugendlichen arbeitslos, in Griechenland über 60 Prozent. Ihnen wird jegliche Zukunftsperspektive genommen. An dieser Situation ist auch die Bundesregierung mit schuldig. Beenden sie endlich diese fatale Politik! Eine EU-Politik ohne soziale Gerechtigkeit wird scheitern!

Der Bericht des UN-Menschen-

rechtsrats sowie der Staatenbericht zum Sozialpakt listen etliche Defizite bei der Einhaltung von Menschenrechten in Deutschland auf. So wurde kritisch angemerkt, dass durch die fehlende Kennzeichnung von Polizisten Gewaltakte durch Polizeibeamte nicht strafrechtlich verfolgt werden können.

Kritisiert wurden auch die fortwährende Diskriminierung von Sinti und Roma, die Ghettoisierung von Migrantinnen und Migranten, Gewalt gegen Frauen und die in vielen Pflegeheimen praktizierte Fixierung von Demenzkranken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Millionen Menschen wird seit der Einführung der Hartz-Reformen durch die damalige rot-grüne Bundesregierung die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt, die Bildungschancen von Kindern hängen in Deutschland vom Geldbeutel der Eltern ab. Hierzulande wächst jedes sechste Kind in Armut auf, unter den Kindern mit Migrationshintergrund sind es sogar doppelt so viele. Das ist ungeheuerlich!

Wir LINKE fordern schon lange: Weg mit Hartz IV und die Schaffung einer bedarfsorientierten Grundsicherung für alle!

Sehr geehrte Damen und Herren, ein weiterer Skandal ist der unmenschliche Umgang mit Flüchtlingen, Asylsuchenden und Menschen ohne Papiere. Deshalb sind derzeit über fünfzig Flüchtlinge in München im Hungerstreik und protestieren gegen diese menschenverachtende Politik. Einige von ihnen sind bereits im Krankenhaus. Wir fordern, die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sofort abzu-

schaffen! Aber es geht nicht nur um das deutsche Asylsystem. Durch die Grenzabschottung ist die EU zu einer Festung geworden – und es ist ein Hohn, sie als „gemeinsamen Schutzraum für Flüchtlinge“ zu bezeichnen.

Griechenland hat im letzten Jahr für die Betreuung der Flüchtlinge vier Millionen Euro erhalten – für die Grenzsicherung der Außengrenzen zur Flüchtlingsabwehr aber 200 Millionen! Auch das ist ein Skandal! Mit vielen Mitgliedern des Europarats fordern auch wir LINKEN nachdrücklich eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedstaaten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch immer wird in etlichen Ländern die Todesstrafe verhängt und vollstreckt. Dies kritisieren alle Fraktionen. Dass die USA aber im völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg, wie z.B. in Pakistan oder im Jemen, fast jede Woche Menschen ohne Anklage und ohne Gerichtsurteil töten, wird schweigend hingenommen. Wir sagen, auch für den Drohnenkrieg dürfen keine Militärstützpunkte in Deutschland benutzt werden. Töten durch Drohnen ist Mord! Und zu Mord darf keine deutsche Behörde beitragen, auch nicht durch die Weitergabe von Informationen. Wir fordern eine weltweite Ächtung von Kampfdrohnen und die Verankerung eines Verbots von Waffenexporten im Grundgesetz.

Sehr verehrte Damen und Herren von der Regierungskoalition, wir nehmen nicht hin, dass Menschenrechte mit zweierlei Maß gemessen werden. Menschenrechte sind unteilbar und nicht verhandelbar. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Taksim ist überall! Solidarität mit der Bewegung in der Türkei

Beschluss der 2. Tagung des 3. Parteitags

DIE LINKE solidarisiert sich mit den Protesten und politischen Streiks in der Türkei. Wir unterstützen die Forderungen der Demonstrantinnen und Demonstranten auf dem Taksim-Platz: für einen Baustopp, das Ende der Polizeigewalt und das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Freilassung aller im Zusammenhang mit den Protesten Inhaftierten und umfassende demokratische Rechte, wie die Organisationsfreiheit, Schutz von Minderheiten, die Freilassung der inhaftierten Journalistinnen und Journalisten und oppositioneller Abgeordneter. Wir wenden uns entschieden gegen das Verbot von Fernsehsendern und anderen freien Medien.

Der neoliberale und autoritär-islamistische Umbau der Türkei durch Erdogan muss gestoppt werden. Die Verantwortlichen für den Staatsterror müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort die geheimdienstliche, polizeiliche und militärische Zusammenarbeit mit dem türkischen Staat einzustellen. Dazu gehört, die Waffenexporte in die Türkei zu stoppen und die Patriot-Raketen und Bundeswehrsoldaten abzuziehen.

Internationale Solidarität mit den Protesten in der Türkei ist notwendig. DIE LINKE begrüßt und unterstützt die stattfindenden Solidaritätsdemonstrationen in Deutschland.



Christina Frank, Direktkandidatin der Linken in Stuttgart, auf der Solikundgebung am 6. Juni. Die Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen und Heike Hänsel waren zum Zeitpunkt der Räumung des Gezi Parks in Istanbul.

Kehl: LINKE-Veranstaltung zur aktuellen Situation in Kurdistan

Auf Einladung der Partei DIE LINKE. Kehl kamen über 25 interessierte Menschen aus Kehl und Strasbourg in der Kehler Gastsätte „Korfu“ zusammen, um sich bei einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung rund um das brisante Thema „Tatort Kurdistan“- über die aktuelle Situation im türkisch-kurdischen Konflikt zu informieren. Für diese Abendveranstaltung konnte DIE LINKE. Kehl die renommierte Rechtsanwältin und Buchautorin Brigitte Kiechle aus Karlsruhe als Referentin gewinnen.

Es gelang ihr in ihrem Vortrag den Teilnehmenden, die Situation vor Ort anschaulich vor Augen zu führen, was sich im Anschluss an ihren Vortrag auch in der regen Diskussion widerspiegelte.

Liliane Leible, Vorsitzende des Kehler Ortsvereins DIE LINKE. zeigte sich erfreut über die Teilnahme jüngerer Menschen an diesem Abend, vor allem aber, dass es der LINKEN Kehl gelungen ist, Deutschen, Franzosen, Kurden und Türken aus der Region ein Forum für den gemeinsamen Informationsaustausch zu geben

Zwiespältiges China

Eindrücke vom dreitägigen Besuch im Juni 2013 des Spitzenkandidaten DIE LINKE Michael Schlecht in Peking

„Weshalb gibt es in Europa eine Verschuldungskrise? Ist der Euro als Währung gefährdet?“ Das waren die wichtigsten Fragen, die uns unsere Gastgeber, Professoren der zentralen Parteihochschule der KP Chinas in Peking stellten. Ich habe ausführlich die Sicht der Linken unsere alternative Strategie dargelegt. Die hohe Staatsverschuldung ist vor allem Resultat der Bankenrettungen seit der Krise 2008 und der enormen Außenhandelsungleichgewichte, die maßgeblich durch das deutsche Lohndumping entstanden ist. Mein jüngstes Papier „Merkel gefährdet Europa“ hatte ich ins Chinesische übersetzen lassen und zum Nachlesen mitgenommen; siehe auch auf meiner Site www.michael-schlecht-mdb.de.

Chinesen reiten den kapitalistischen Tiger

Spannend waren die vielfältigen Informationen über die Entwicklung in China. 1992 wurde auf dem 14. Parteitag der Weg zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ eingeleitet. Die vielfältigen Versuche in einem Entwicklungsland mit umfassendem Staatseigentum und Planwirtschaft wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu erzielen waren gescheitert. In bestimmten Phasen waren die Ergebnisse so desaströs, dass zig

Millionen Chinesen in Hungerkatastrophen starben.

Mit der Zulassung von Privateigentum und Marktmechanismen, also mit dem Kapitalismus, hat China in den letzten 20 Jahren den Zustand des Entwicklungslandes überwunden. Die „ursprüngliche Akkumulation“ ist vollzogen worden, und der Reichtum des Landes wurde dramatisch gesteigert. Verhungern muss heute niemand mehr. Jedoch hat der Kapitalismus nicht nur seine zivilisatorische Seite entfaltet, sondern auch seine despotische. So gibt es zum Beispiel heute ein Heer von 200 bis 300 Millionen Wanderarbeitern. Dies sind Bauern, die zeitweise oder mit wechselnden Arbeitseinsätzen in die industriellen Ballungsräume geschickt werden, um dort zu arbeiten. Allein 60 Millionen von ihnen arbeiten im Bau. Sie werden in ihren Dörfern von örtlichen Persönlichkeiten zum Arbeiten verpflichtet, jedoch in 75 Prozent der Fälle ohne reguläre Arbeitsverträge. In den Städten arbeiten sie an sieben Tagen in der Woche täglich zehn bis zwölf Tage. Häufig mangelt es an ausreichender Arbeitssicherheit und die Unterbringung ist katastrophal.

Kein Streikrecht

Es gibt kein gesetzlich geregeltes Streikrecht. Gleichwohl gibt es an vielen Orten in China immer wieder Streiks. Das Ausmaß der Repression hängt von örtlichen Gegebenheiten ab und von der Mächtigkeit der Streikbewegung. Es herrscht ein Bewusstsein, dass mit dem Vorenthalten eines Streikrechtes die Gefahr besteht, dass die Arbeiter sich auch gegen die KP China wenden. Die Sicherung der unternehmerischen Freiheiten hat nach wie vor einen hohen Stellenwert.

Die chinesischen Städte sind weitgehend neu gebaut worden, indem alte Stadtstrukturen zerstört wurden und dafür zum Beispiel in Peking 16spurige Autopisten – auf denen häufig Stau herrscht – durch die Stadt führen. Links und rechts finden sich Neubauten, zum meist Hochhäuser.

Die Umweltbelastung ist allgegenwärtig. In Städten wie Peking leiden die Menschen beständig unter Smog. Obwohl dieser bei meinem Aufenthalt nicht besonders stark, litt ich am dritten Tag unter Kopfschmerzen, die erst im Flugzeug bei meiner Rückreise nachließen.

Zukunft mit gemischten Gefühlen

Nach einem dreitägigen, gleichwohl sehr intensiven Besuch kann man sicher nur einen begrenzten Eindruck gewinnen. Ich bin mit sehr gemischten Gefühlen wieder abgereist, ob dieses riesige Monsterland auf einem guten Wege ist. Die sozialen und ökonomischen Probleme – auch die der Zerstörung der Umwelt – dürften noch für böse Überraschungen sorgen.

Erzwungene Landung – Angriff auf das Völkerrecht

„Die erzwungene Landung des Flugzeugs des bolivianischen Präsidenten Evo Morales ist ein massiver Angriff auf das Völkerrecht“, erklärt Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Verweigerung der Überflugrechte einiger europäischer Länder für die aus Moskau kommende Präsidentenmaschine aufgrund des Gerüchts, der Whistleblower Edward Snowden befinde sich an Bord.

Hänsel weiter: „Frankreich, Spanien, Italien und Portugal haben das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen durch die Weigerung der Überflugrechte in eklatanter Weise verletzt. Dieses skandalöse Vorgehen, das einem Akt der Luftpiraterie gleichkommt, ist offenbar auf Zurechtweisung der USA erfolgt. Es handelt sich hier um einen schockierenden Präzedenzfall, der zweifelsohne Folgen für den Schutz diplomatischer Vertretungen und Diplomaten weltweit haben wird. Ich teile die Kritik der lateinamerikanischen Regierungen an diesem massiven Völkerrechtsbruch durch europäische Regierungen.“

Für illegale Geheimdienstflüge und die Verschleppung von Guantanamo-Häftlingen steht der europäische Luftraum offen, während Präsident Morales durch die europäischen Behörden gedemütigt wird. Dieses Vorgehen ist Ausdruck einer zutiefst imperialistischen und neokolonialen Politik der EU-Mitgliedstaaten.

Die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin Merkel dürfen sich nicht weiter zu Komplizen bei der Verletzung von Bürgerrechten von Millionen Menschen machen, indem sie bei der globalen Überwachung durch die USA auch noch die Infrastruktur in Deutschland zur Verfügung stellen. Die Bundesregierung ist insbesondere aufgefordert sich für die Einhaltung des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen in der EU stark zu machen.

Edward Snowden hat der weltweiten Öffentlichkeit und der Verteidigung des Völkerrechts mit seinen Enthüllungen einen Dienst erwiesen und braucht deshalb internationalen Schutz vor der US-Hetzjagd.“

Gegen Obamas Drohnenkrieg

Heike Hänsel (MdB); Kolumne im Schwäbischen Tagblatt am 21. Juni

Ganz Berlin war vor zwei Tagen im „Obama-Fieber“ berichten die Medien. Ganz Berlin? Die gesamte Innenstadt war großräumig gesperrt, kein „normaler“ Berliner kam auch nur in die Nähe des Obama-Auftritts, Gullydeckel wurden verschweißt, rund um die Veranstaltung durften keine Fenster geöffnet werden trotz glühender Hitze. Vor dem Brandenburger Tor wurde eine Jubelveranstaltung mit ausschließlich geladenen Gästen inszeniert, eine unwürdige Szenerie im Vergleich zum letzten Obama-Besuch 2006 an der Siegestsäule mit über 200 000 Menschen. Der Glanz des „Friedensnobelpreisträger“ ist ab. Während Obama in Berlin über Freiheit, Sicherheit und neue Abrüstungsinitiativen spricht, führt die US-Administration einen geheimen Drohnenkrieg in Afrika und dem Nahen Osten und lässt mit dem Online-Spionageprogramm PRISM den weltweiten Emailverkehr überwachen. Obama hat das illegale Gefangenenlager Guantanamo bis heute nicht geschlossen, nun will er über hundert Menschen auf dem Festland lebenslanglich inhaftieren, ohne jeglichen Gerichtsprozess. Whistleblower, wie Bradley Mannings und Edward Snowden, die US-Kriegsverbrechen im Irak und PRISM aufgedeckt haben, werden angeklagt und verfolgt. Obama will mit Waffenlieferungen an die Aufständischen den Bürgerkrieg in Syrien anheizen statt endlich aktiv eine politische Lösung zu befördern. Mit ein paar Kolleginnen habe ich während der Obama-Rede in Berlin Transparente gegen den Drohnenkrieg und die Nato-Kriege hochgehalten, die uns sofort von Sicherheitsleuten entrissen wurden. Die von Obama vielbeschworene Meinungsfreiheit vor dem Brandenburger Tor dauerte an diesem Tag nur zwei Sekunden. Die Bundesregierung unterstützt diese aggressive US-Politik im Rahmen des sogenannten Kampfes gegen den Terror. So lässt sie es zu, dass der völkerrechtswidrige Drohnenkrieg von den US-Militärstützpunkten Africom in Stuttgart und Ramstein aus geführt wird, obwohl dies strafbare Handlungen sind. Die Linksfraktion prüft gerade eine Strafanzeige. Und auch Thomas de Maiziere will ein eigenes bewaffnetes Drohnenprogramm für die Bundeswehr. Drohnen werden eine neue Rüstungsspirale auslösen, von bisher ungeahntem Ausmaß, warnen Friedensforscher. Deshalb muss dieses Waffensystem sofort international geächtet werden. Ein Plakat in Berlin brachte es auf den Punkt in Anlehnung an Martin Luther Kings „I have a dream“, Obama: „I have a drone“.



Ostermarsch 2013 in Müllheim (Baden)

Vollständiges Verbot von Rüstungsexporten

Zur Entlassung zweier Mitarbeiter/innen beim baden-württembergischen Waffenhersteller Heckler & Koch erklärte Tobias Pflüger, Parteivorstandsmitglied der LINKEN aus Baden-Württemberg und Bundestagskandidat in Freiburg:

Der weltweit agierende baden-württembergische Kleinwaffenhersteller Heckler & Koch hat nun zwei niederrangige Mitarbeiter/innen allein für illegale Waffenengeschäfte in die südlichen Bundesstaaten Mexikos verantwortlich gemacht und sie fristlos entlassen. Tobias Pflüger dazu: „Das Eingeständnis des Rüstungsunternehmens für die illegalen Waffenexporte zu begrüßen. Aber die derzeitige Geschäftsleitung versucht nun, von der Gesamtverantwortung des Rüstungsunternehmens abzulenken. Bei den Geschäften von Heckler & Koch gehen legale und illegale Waffengeschäfte fließend ineinander über. Das liegt einerseits an der skrupellosen Geschäftspraxis des Unternehmens – Heckler & Koch liefert überall seine tödlichen Waffen wohin es irgendwie möglich ist – andererseits an der gesetzlichen Praxis von Rüstungsexporten und Rüstungsproduktion. So war die Lieferung von Kleinwaffen an Bundespolizei, Polizeien und Militär von Mexiko legal möglich, nur nicht an Polizeien der südlichen Provinzen Mexikos. Diese deutschen Ausfuhrbestimmungen laden geradezu zur Umgehung ein.“

Hier zeigt sich die Notwendigkeit eines vollständigen Verbots von Rüstungsexporten. DIE LINKE ist die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die dies fordert. „Zusätzlich muss an ein generelles Verbot von Rüstungsproduktion gedacht werden“, so Tobias Pflüger ab-

schließend. „Denn Waffen sind zum Töten da.“ Dass von der Staatsanwaltschaft Stuttgart auch wegen Waffenlieferungen gegen Parteispenden ermittelt wird, spricht Bände. Die Beziehungen von Heckler & Koch vor allem zur CDU sind eng, vertrat doch z.B. Siegfried Kauder als Anwalt schon ehemalige Geschäftsführer von H & K vor Gericht.

Balingen: Diskussion zum Thema Auslandseinsätze

Am 19. Juni 2013 lud das Friedensnetzwerk ein zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Sichern deutsche Soldaten in Afghanistan, Mali, auf dem Balkan und am Horn von Afrika, den Weltfrieden? Anwesend waren Daniel Morteza (Linke), Stella Kirgiane-Efrimides (SPD), Roman-Hartmud Wauer (Grüne), Dirk Mrotzeck (FDP) Renate Schmidt (MLPD). Thomas Bareiß (CDU) konnte nicht teilnehmen.

Nach ein paar einleitenden Worten von Marion Zuckschwerdt, die nicht nur im Friedensnetzwerk, sondern auch bei der Frauengruppe „Courage“ aktiv mitarbeitet, übernahm Wolfgang Strasser die Diskussionsleitung. Die Kandidaten bekamen zunächst die Gelegenheit, sich und ihre Standpunkte in einer kurzen Vorstellungsrunde zu präsentieren, bevor die Zuschauer Fragen an die Vertreter der Parteien richten konnten.

Leider gingen diese zum Teil am eigentlichen Thema vorbei. Deutlich wurde, dass die Bürger sich große Sorgen um regionale Dinge wie den Abzug der Bundeswehr in Sigmaringen und Meßstetten sowie den geplanten Sprengplatz auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes machen. Während die Kandidaten der anderen Parteien mehr Allgemeinplätze von sich gaben und versuchten, möglichst parteikonformen

Wahlkampf zu betreiben, konnte unser Kandidat mit einem fundierten Hintergrundwissen zum Thema aufwarten. Daniel Morteza legte dar, dass es sich für ihn problematisch darstellt, dass der Krieg immer mehr zum politischen Mittel wird und Kampfeinsätze zunehmend als völlig normal empfunden werden. Er sehe auch ein großes Problem in der Tatsache, dass die wenigen Kritiker der Auslandseinsätze immer wieder als naive Idealisten hingestellt würden.

Das Resümee des Abends: Die Kandidaten waren zum Teil nicht ordentlich vorbereitet, konnten teilweise ihren überengagierten Auftritt nicht bis zum Schluss durchhalten und die konkreten

Fragen wurden letztlich nur vom Kandidaten der Linken Daniel Morteza ohne Ausflüchte und für die Zuschauer befriedigend beantwortet.

Einig waren sich die Zuschauer darin, dass die Auslandseinsätze sehr umstritten sind und darüber noch viel diskutiert werden wird.

Lisbeth Berg (KV Sigmaringen)

Kein Grund zum Feiern!

Die Linke KV Emmendingen: Anlässlich der Deutsch-Französischen Freundschaft, hat das Militär am 15. Juni wieder sein Verständnis von „Frieden“ offenbart. Die deutsch-französische

Brigade marschierte in Uniformen und mit Waffen durch die sonst so idyllische Breisacher Innenstadt. Gegen dieses reine Militärspektakel haben verschiedene Gruppen ihren bunten Protest ausgedrückt. Wir sagen, dass es keinen Platz für Militär gibt, weder hier in Europa noch irgendwo anders auf der Welt. Frieden lässt sich nicht mit Waffen herstellen!



Landesregierung hebt Rechtsanspruch auf Kitaplatz aus

Verdi kritisiert beabsichtigte Verschlechterung der pädagogischen Rahmenbedingungen in den Kindertagesstätten

Kurz vor Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für unter dreijährige Kinder am 1. August 2013 kritisiert Verdi die beabsichtigte Flexibilisierung bei Gruppengrößen und Personalmindeststandards in den Kitas. Kommunale Spitzenverbände und kirchliche



Träger haben mit dem Kultusministerium vereinbart, zur Deckung des enormen Fachkräftemangels die Standards bei Gruppengrößen im Krippenbereich zu flexibilisieren, bis zu 20 Prozent der Plätze im sogenannten Platzsharing-Verfahren zu vergeben und den Trägern Handreichungen für einen Fachkräftepool zu geben. Die Vereinbarung soll bis 31. Juli 2015 befristet sein. Damit droht eine weitere Verschlechterung der pädagogischen Standards zu Lasten der betroffenen Kinder, ihrer Eltern und der pädagogischen Fachkräfte.

„Wer glaubt, dringend benötigte Fachkräfte mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gewinnen zu

können, wird schnell eines Besseren belehrt werden“, so Dagmar Schorsch-Brandt, die Verdi-Landesvize: „Notwendig sind hingegen verringerte Gruppengrößen und verbesserte Personalmindeststandards, also gute Arbeitsbedingungen, sowie eine Bewertung der Tätigkeit der pädagogischen Fachkräfte, die den gestiegenen Anforderungen entsprechen. Damit würden Voraussetzungen zur Linderung des Fachkräftemangels geschaffen.“

Neben der Verschlechterung der Gruppengrößen kritisiert die Gewerkschaft das sogenannte Platzsharing-Verfahren, in dem sich zwei Kinder einen Kita-Platz teilen. In der Praxis ist die Gruppenzusammensetzung zum Beispiel am Vormittag eine andere wie am Nachmittag. Die tatsächliche Anzahl der Kinder erhöht sich um bis zu 20 Prozent. Die pädagogischen Fachkräfte müssen daher 20 Prozent mehr Elterngespräche, ein Fünftel mehr individuelle Bildungspläne und mehr Entwicklungsbeobachtungen tätigen – bei gleicher Bezahlung. „Mit dem Platzsharing wird es für pädagogische Fachkräfte, aber auch für Kinder, zudem schwieriger, eine stabile Bindung zu entwickeln“, so Hansi Weber, die ehrenamtliche Vorsitzende der Verdi-Erzieherinnen: „Bildung und Bindung sind gerade im frühkindlichen Bereich untrennbar. Die Voraussetzung für die Umsetzung des Bildungsauftrags der Kindertagesstätten wird damit erheblich erschwert.“

Obwohl der Rechtsanspruch bereits 2005 vereinbart wurde, wurde wertvolle Zeit zur Rekrutierung der notwendigen pädagogischen Fachkräfte verschlafen. Der Fachkräftemangel wurde und wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Statt Sonntagsreden über den Wert frühkindlicher Bildung zu halten, fordert Verdi, die Rahmenbedingungen und Bezahlung zu verbessern.

Verdi-Landesbezirk Baden-Württemberg

Reutlinger LINKE diskutiert über Bildungspolitik

19. JUNI 2013. Das Rottenburger Gemeinderatsmitglied der LINKEN Dr. Emanuel Peter war zu Gast bei den Reutlinger LINKEN und klärte einige Missverständnisse über die viel diskutierte Gemeinschaftsschule auf. Ein Missverständnis ist die Befürchtung, dass die Gemeinschaftsschule, von den Gegnern gern als „Einheitsschule“ bezeichnet, die guten Schüler bremst und die schlechten Schüler überfordert. Das Gegenteil sei der Fall. Eine gut organisierte Gemeinschaftsschule sieht für jeden Schüler einen individuellen Lehrplan vor. Die Kinder können ihre eigenen Entwicklungsschritte, das Lerntempo mitbestimmen und sie können ihre Stärken an schwächere Schüler weitervermitteln. Kein Schüler befindet sich jemals in allen Lernbereichen auf der gleichen Entwicklungsstufe. Schon deshalb ermöglicht die Gemeinschaftsschule, dass jeder entsprechend seiner Stärken und „Schwächen“ einer entsprechenden Lerngruppe zugeordnet werden kann. Die Schule sollte auch nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung sein, sondern z.B. Teamfähigkeit entwickeln, die personale und soziale Kompetenz fördern und das Selbstbewusstsein stärken. Dazu braucht man *mehr* Lehrer, Schulsozialarbeiter, Psychologen und vor allem kleinere Klassen. Nur unter solchen Bedingungen sind die Inklusion behinderter Kinder und die sprachliche Förderung von Migranten-Kindern sinnvoll machbar. Dazu hat Deutschland sich verpflichtet (UN-Konvention). In Übereinstimmung mit der Lehrgewerkschaft GEW kritisiert Peter scharf die Entscheidung der grün-roten Landesregierung, die mit Hinweis auf die unsägliche Schuldenbremse und die demografische Entwicklung 11.600 Lehrerstellen streichen will. Das ist das Gegenteil des versprochenen „echten Bildungsaufbruchs“ – so die klare Aussage des Bundestagskandidaten Günter Herbig

Mehr Beteiligung für Menschen mit Behinderungen

Zum Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen wenden sich Gothilf Lorch und Christa Kuolt für die Landesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik der LINKEN in einen offenen Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann, seinen Stellvertreter Dr. Nils Schmid, Ministerin Katrin Altpeter sowie den Landesbehindertenbeauftragten Gerd Weimer. In dem Brief kritisiert die Landesarbeitsgemeinschaft, dass sich in Baden-Württemberg behindertenpolitisch zu wenig bewegt.

So warte man noch immer auf

- den Aktionsplan zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention
- die Beteiligung an der Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes
- die Erneuerung des Landesbehindertenbeirats
- sowie die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an neuen Gesetzen und Gesetzesnovellierungen, soweit diese davon betroffen sind.

Ganz aktuell steht eine Beteiligung an bei der Heimgesetznovellierung der der Novellierung der Landesbauordnung.

Finanznot- Abwärtsspirale unserer Krankenhäuser stoppen

Am 2. Juli war der Freiburger Kinderarzt und Stadtrat Prof. Dr. med. Lothar Schuchmann Gast bei der LINKEN Heilbronn. Der zentrale Begriff „Wertschöpfung“ der Ökonomen zeigt, dass es für Ökonomen bei der Behandlung kranker Mitbürger durch ihre Ärzte nicht um ein medizinisches oder soziales Problem geht oder gar um Daseinsvorsorge, sondern um die optimale Verwertung des Kapitaleinsatzes.

Dieselbe Mentalität zeigen leider auch manchen Geschäftsführer öffentlicher Kliniken. Allein aus dem Motiv der Habgier und anderer schäbiger Interessen wird derzeit unser ganzes Krankenhauswesen zu Lasten von Patienten, Ärzten und dem Pflegepersonal umgebaut. Dies kann und wird nicht die Zustimmung der Mehrheit unserer Mitbürger finden. Krankenhausärzte tragen zwar die Verantwortung für ihre Patienten, Ökonomen bestimmen aber die Arbeitsbedingungen und oft auch schon die Methoden; Ärzte und Pflegepersonal sollten sich dagegen energisch und gemeinsam wehren.

Wenn die hohe berufliche Motivation und Haltung vieler Mitarbeiter im Gesundheitswesen einmal verheizt ist, so können sich fatale Einbrüche in der Behandlungsqualität und der Patientensicherheit ergeben.

Uniklinik Freiburg: LINKE-Bundestagskandidat Pflüger besucht Personalrat

Renditeziele und Unterfinanzierung der Uniklinik verschärfen die Situation der Pflege und der Beschäftigten der Uniklinik. Schon seit Jahren lastet enormer Druck auf den Pflegekräften, doch als Folge des Sparkurses des neuen kaufmännischen Direktors und der von der grün-roten Landesregierung mit zu verantwortenden Unterfinanzierung soll noch mehr Personal abgebaut werden. Um sich selber ein Bild von der Personalsituation an der Uniklinik und der Pflege im Alltag zu machen, besuchte Tobias Pflüger, Freiburger Direktorkandidat zur Bundestagswahl, den Personalrat der Uniklinik. „Die Situation für die Beschäftigten muss stimmen – denn an einem Krankenhaus kommt es auf jeden Handgriff an. Es darf nicht sein, dass Gesundheitsversorgung Renditezielen unterworfen wird, wie es der von grün-rot eingesetzte Kaufmännische Direktor tut. Hier zu sparen erhöht den enormen Arbeitsdruck noch weiter und gefährdet unser aller Gesundheit. Ich möchte mit den Beschäftigten ins Gespräch kom-

Essen gehört zum Erziehungs- und Lernalltag in allen Kitas und Schulen dazu! Eine qualitativ hochwertige und beitragsfreie Kita- und Schulverpflegung für alle Kinder und Jugendlichen.

SCHUL-
ESSEN
KOSTEN-
FREI!

Petition ONLINE unterzeichnen - Danke!

www.schulessen-kostenfrei.de

Eine Mitmach-Aktion von MdB Karin Binder

Broschüre zu Schulverpflegung erschienen

Gutes und beitragsfreies Kita- und Schulessen sollte in der heutigen Zeit eine Selbstverständlichkeit sein. Familien sind darauf angewiesen, auch weil das Zusammenleben stark von der Arbeitswelt der Eltern geprägt ist. Häufig wollen oder müssen beide Eltern Vollzeit arbeiten. Besonders Alleinerziehende haben eine hohe Belastung durch Beruf und Familie. Eine gute Schulkantine bildet leider immer noch die Ausnahme. Viel zu oft wird keine warme Mahlzeit angeboten. Häufig ist die Qualität mangelhaft. Oft nehmen die Kinder und Jugendlichen erst am Abend ein warmes Essen zu sich. Eine gute Kita- und Schulverpflegung ist deshalb eine Fürsorge- und Vorsorgeaufgabe des Staates. Eine flächendeckende und beitragsfreie Versorgung erreicht alle Kinder gleichermaßen und trägt dazu bei, dass sie gesund aufwachsen und Bildungschan-

cen nutzen können. Die Gemeinschaftsverpflegung darf nicht an der fehlenden Finanzkraft von Kommunen und Ländern scheitern. Sie darf aber auch nicht am zu kleinen Geldbeutel von Familien scheitern. Die Hartz IV-Regelsätze für Kinder und Jugendliche sind viel zu niedrig und reichen nicht für eine gute und abwechslungsreiche Schulverpflegung. Nutznießer einer guten und beitragsfreien Schulverpflegung sind vor allem die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Eltern sowie die Lehrerinnen und Lehrer. Letztendlich profitieren auch die Sozialversicherungssysteme durch geringere Kosten bei ernährungsbedingten Krankheiten. Deshalb sieht DIE LINKE den Bund in der Verantwortung, die Finanzierung für eine flächendeckende Schul- und Kitaverpflegung sicherzustellen.

Herzlichst Ihre Karin Binder

men und mich als Kandidat, Aktivist und hoffentlich auch zukünftig im Bundestag für ihre Interessen einsetzen“, erklärt Pflüger. „Ich begrüße es deshalb, dass die Linksfraktion im Bundestag einen Antrag zur Mindestbesetzung in der Pflege eingebracht hat und sich in einem Hearing mit der Situation der Beschäftigten in den Krankenhäusern auseinandersetzt.“

Richard Pitterle: Bund und Land müssen endlich den Kliniken helfen

CALW: „Der Bund und das Land sind verpflichtet, den Bau und die bauliche Unterhaltung der kommunalen Kliniken zu finanzieren. Das machen sie seit Jahren zu wenig. Die Aggression des Bundesverbands Deutscher Privatkliniken gegen den Kreis Calw verschärft diese Situation zusätzlich“, kommentiert der Sindelfinger Bundestagsabgeordnete der Linken, Richard Pitterle, die angemahnte Unterlassungserklärung an den Kreis Calw mit seinem Landrat Helmut Riegger. Der Bundesverband Deutscher Privatkliniken (BDPK) sieht durch Finanzhilfen von Kreisen und Kommunen für ihre defizitären Krankenhäuser EU-Recht verletzt. Eine solche Subventionierung verstoße gegen Vorschriften des EU-Beihilferechts, sagte Thomas Bublitz, Hauptgeschäftsführer des BDPK. Benachteiligt seien nicht nur Privatkliniken, die ohne „Auffangnetz“ arbeiten müssten, sondern auch gemeinnützige Krankenhäuser, etwa der Kirchen. Der Bundesverband will deshalb diese gängige Praxis des Defizitausgleichs rechtlich prüfen lassen und hat dem Kreis Calw mit einer Musterklage gedroht. Der Calwer Landrat Helmut Riegger bestätigte, eine strafbewehrte Unterlassungserklärung erhalten zu haben, deren Frist am heutigen Freitag abläuft.

Pitterle weiter: „Das kann doch nicht wahr sein! Dass die schwere Situation vom BDPK ausgenutzt wird, um einen Privatisierungsdruck zu erzeugen. Und dann? Dann werden unsere Kliniken an die Privaten verscherbelt und Patienten und Klinikbeschäftigte werden endgültig zu Kunden und Kostenfaktoren. Jeder hat das Recht auf eine wohnortnahe Klinik. Und diese muss an der Gesundheit der Menschen und nicht nach der Profitabilität ihrer ‚Kunden‘ ausgerichtet sein.“ Der EU-Rechts-Klage räumt Pitterle keine großen Erfolgsaussichten ein. Nach der Rechtsprechung des EuGH hat der Staat in Bereichen der Daseinsvorsorge großen Spielraum, wenn es um Subventionierung geht. „Dennoch muss die Unterfinanzierung der Krankenhäuser durch Bund und Land umgehend angegangen werden.“

Besser reich und gesund als arm und krank

Gleich zu Beginn der Veranstaltung der LINKEN des Kreisverbands Esslingen am 29.05.2013 im Foyer der Stadthalle Plochingen stellte Referentin Kathrin Vogler, MdB, fest, Gesundheit ist keine Ware und darf nicht zu einem weiteren Geschäftsbereich unter vielen verkommen. Womit sie die ständige zentrale Frage nach sozialer Gerechtigkeit ansprach.

Kathrin Vogler ist stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses und seit 2009 für die LINKE im deutschen Bundestag. Sie führte weiter aus, dass sich die Rößler/Merkel-Koalition als nicht willens und unfähig erwiesen habe, eine zuzahlungsfreie, umfassende Gesundheitsversorgung für alle Menschen dieses Landes zu garantieren.

Von den anwesenden Bundestagskandidaten der LINKEN Claudia Haydt (Wahlkreis Kirchheim-Nürtingen) und Stefan Dreher (Wahlkreis Esslingen) wurde die Situation der Klinikstandorte im Landkreis Esslingen angesprochen. So stellte Stefan Dreher dar, dass der Bund und das Land gesetzlich verpflichtet seien, Bau und Unterhalt kommunaler Kliniken zu finanzieren. Dieser Verpflichtung würde man sich aber mit wohlfeilen Kostenargumenten zu entziehen versuchen und damit privaten Klinikbetreibern in die Hände arbeiten, die Pflege und medizinische Betreuung kranker Mitbürger/-innen ihren Profitinteressen unterordnen wollten. Dies stünde aber in krassem Widerspruch zum Zweck jeglicher Pflege und Heilbehandlung kranker Menschen.

Auch Armut der Betroffenen dürfte kein Grund sein, diesen notwendige, medizinische Maßnahmen vorzuenthalten, denn gerade Armut sei, wie Kathrin Vogler ausführte, eine der am weitesten verbreiteten Krankheitsursachen.

Katrin Vogler erklärte weiter, die LINKE wolle daher eine Gesundheitspolitik realisieren, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiere. Versorgung müsse ganzheitlich und integriert organisiert werden. Ärzte, Krankenhäuser u.a. Einrichtungen sollen zusammen und nicht (aus Profitgründen) gegen einander arbeiten.

In der Diskussion wurde der Unmut der Zuhörer spürbar, dass der Mensch und seine Gesundheit als Ware angesehen und den Spielregeln des Marktes unterliegen würde.

Die Referentin wies darauf hin, dass die Einflüsse der Lobbyisten auf die Politik ein katastrophales Ausmaß angenommen hätten. So fordert die LINKE schon seit langem Richtlinien für Lobbyisten, damit endlich die Interessen der Bevölkerung Vorrang haben.

(KV Esslingen)

Damit Wohnen bezahlbar bleibt

Das Thema Wohnen ist für linke Kommunalpolitiker in Baden-Württemberg von besonderer Bedeutung. Der Anteil des Einkommen, der für das Wohnen bezahlt werden muss nimmt stetig zu und übersteigt oftmals das erträgliche Maß. Menschen mit geringem Einkommen werden ausgegrenzt und aus ihrer vertrauten Umgebung getrieben. Die bedrohliche Lage wird sich in Zukunft aber weiter verschlechtern, wenn nicht entgegen gesteuert wird. Hier ein kleiner Überblick:

Freiburg ist die Kommune mit dem ungünstigsten Verhältnis zwischen Einkommen und Wohnkosten in Baden-Württemberg. Gegen den Freiburger OB Salomon und die grün-schwarze Rathaus-Mehrheit haben sich 2006 die Freiburger in einem Bürgerentscheid gegen die Privatisierung der Freiburg Stadtbau (FSB) gewehrt. Die Fraktion Unabhängige Listen, in der auch die Linke Liste/Solidarische Stadt vertreten ist, fordert mehr sozialen Wohnungsbau. Die angespannte Mietsituation in Freiburg ist aber nicht nur Thema im Gemeinderat, sondern wird auch mit Demonstrationen auf die Straße getragen. Regelmäßig behandelt der Kreisverband der LINKEN in seiner Publikation „Freiburg ROT“ die steigenden Mieten und fordert bezahlbaren Wohnraum.

In **Tübingen** ist der Wohnungsmarkt ebenfalls angespannt. Angela Hauser von der Kreistagsfraktion der LINKEN sieht besonders die Angleichung der Mieten im öffentlich geförderten Wohnraum an den Mietspiegel als preistreibend und unsozial. DIE LINKE fordert deshalb, „dass die Miete bei Sozialwohnungen 30 Prozent unter dem Mietspiegel oder den ortsüblichen Vergleichsmieten liegen soll. Der Mietspiegel darf nicht zum Mieterhöhungsspiegel werden!“

In **Stuttgart** fordert die Fraktion DIE LINKE/SÖS in einem aktuellen Antrag eine Neuausrichtung der Stuttgarter Wohnungspolitik. Statt eine auf Großinvestoren und Bodenspekulation zugeschnittene Stadtentwicklung muss die Stadt jetzt beginnen, die Wohnungsnot zu bekämpfen. Forderungen sind u.a. 500 bezahlbare Mietwohnungen pro Jahr, der städtische Ankauf von Grundstücken zum Ausbau des (Miet-)Wohnraums und die Prüfung der Einführung einer Leerstandsabgabe für private und gewerbliche Immobilien.

DIE LINKE im **Mannheimer** Gemeinderat beantragte eine ausführliche Prüfung, wie der soziale Wohnraum ausgeweitet und der vorhandene geschützt werden kann. Die Stadtverwaltung soll darlegen, wie Stadtteile mit gemischter Wohnstruktur z.B. durch Milieuschutzsatzungen vor „Luxussanierungen“ ge-

schützt und Mieter vor der Vertreibung durch rasant steigende Mieten bewahrt werden können. Zusätzlich soll die Bildung von Wohnungsgenossenschaften gefördert werden. Der Antrag erfolgte nach einem öffentlichen Hearing der LINKEN im Mannheimer Gemeinderat: „Gutes Wohnen für Alle!“ An dem Vertreter von Mieterbund, pro familia und der Stadtverwaltung teilnahmen.

In **Rottenburg** beantragte die Fraktionsgemeinschaft Bürgerfreundliche Heimat / Die Linke, dass die Stadt für bezahlbare Wohnungen dieselbe Fördersumme wie für Eigenheime einsetzt. Die Wohnungsbauverwaltung spielt im Antrag der Fraktion eine wesentliche Rolle, geeignete Infrastruktur, wie Kita oder Einkaufsmöglichkeiten gehören zum Wohnen dazu. Der Antrag wurde abgelehnt, obwohl bis 2030 auch in Rottenburg 1.500 Wohnungen fehlen werden.

In **Sindelfingen** thematisierte Stadtrat Richard Pitterle (DIE LINKE) in der Haushaltsdebatte die Probleme des teurer werdenden Wohnraums und forderte die Stadtverwaltung auf, eine Darstellung der Wohnungssituation auszuarbeiten.

Laut Stadtrat Hasso Ehinger (DIE LINKE) ist die Zahl der Sozialwohnungen in **Heilbronn** in den letzten 30 Jahren von über 4000 auf jetzt 1200 gesunken. Daher forderte er im Gemeinderat, dass sich die Stadt zusammen mit der Stadtsiedlung um den sozialen Wohnungsbau kümmern soll. Auch die

ma durch Abgeordnete der LINKEN bearbeitet. So fordert die Karlsruher Bundestagsabgeordnete Karin Binder: „Die richtige Antwort wären Investitionen durch Bund, Land und Kommunen in eigene Sozialwohnungsbestände und die Vergabe von Bauflächen an private Träger, nur wenn diese ebenfalls dauerhaft Mieten deutlich unter den Durchschnittsmieten verbindlich zusichern. Das starke öffentliche Interesse an bezahlbarem Wohnraum muss von allen politischen Ebenen finanziell unterstützt werden. Dazu brauchen wir endlich eine gerechte Besteuerung großer Vermögen.“

Mehr Informationen zu diesem Thema sind auf der Homepage des Forums Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. unter www.kompofo.de
Florian Vollert, Forum Linke Kommunalpolitik, Heilbronn

Unabhängige Listen Freiburg aktiv gegen hohe Mieten

Miet-Preistreiber Nr.1: die Freiburger Stadtbau (FSB) / Unabhängige Listen kritisieren Mieterhöhungswelle bei der FSB als unsozial und nicht gerechtfertigt / FSB wird sozialem Auftrag nicht gerecht.

Scharf kritisiert die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen (UL)

nahme der Mieterhöhungen zu stellen. „Diese Mieterhöhungen sind nicht nur unsozial, sie widersprechen auch dem Wirtschaftsplan der FSB für das Jahr 2013“ erklärt Hendrijk Guzzoni, Stadtrat der Linken Liste und Vertreter der UL im Aufsichtsrat der FSB. „Im Wirtschaftsplan 2013 sind Mehreinnahmen aus Mieterhöhungen nach Mietspiegel in Höhe von 50.000.-€ eingestellt. Die jetzt geforderten Mieterhöhungen aber bringen der FSB allein in den vier Monaten von September bis Dezember über 500.000.-€ Mehreinnahmen ein“. Dabei gehe der Wirtschaftsplan ohnehin von Gewinnen in Millionenhöhe aus.

„Wo bleibt da der soziale Auftrag der Stadtbau?“, fragt die UL und fordert, dass die FSB künftig Mieten deutlich unter dem Mietspiegelniveau erheben solle.

Stuttgart: Mieter wehren sich. Die Linke ist dabei

Immer mehr Mieter wollen sich gegen Mietabzocke, Modernisierungsvertreibung und Gentrifizierung zur Wehr setzen. Die Linke kann eine wichtige Rolle spielen, Mieter zu organisieren und erfolgreiche Gegenwehr zu leisten. Das zeigt das Beispiel in Stuttgart. Seit 2009 unterstützt der Ortsverband DIE LINKE Bad Cannstatt aktiv Mieter beim Aufbau der Mieter/Bürgerinitiative Hallschlag. Der Stadtteil Hallschlag wird derzeit gentrifiziert. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft SWSG spielt dabei eine Pionierrolle. Seit 2009 wurden immer wieder für das ganze Stadtviertel oder für von Modernisierung betroffene Straßen Mieterversammlungen durchgeführt, die Mieter über ihre Rechte aufgeklärt und diese mit Hilfe der Mieterinitiative durchgesetzt und öffentlicher Druck aufgebaut. Die Mieterinitiative hat eine Mieterhöhung von 64% aufgrund von Modernisierung in der Bottroper Straße skandalisiert. Das hat dazu geführt, dass die Bottroper Straße als Negativbeispiel für Modernisierung bundesweit in den Medien war. Im Aufsichtsrat der SWSG stimmen die Vertreter aller Fraktionen – außer SÖS und LINKE – der profitorientierten und mieterfeindlichen Politik der SWSG zu. Eine drohende Niederlage bei den OB-Wahlen vor Augen, gab es bei einer Kreiskonferenz der SPD Stuttgart im Mai 2012 den Versuch der Delegierten für eine Kurskorrektur. In der Stuttgarter Zeitung hieß es dazu: „Zu hoch gehen die Protestwogen im Hallschlag, wo sich eine Mieterinitiative wehrt und SÖS und Linke auf klassischem SPD-Terrain punkten, weil die SPD-Vertreter im Aufsichtsrat der SWSG deren Geschäftspolitik mittragen“

Die Erfahrungen bei der Organisation von Mietern im Hallschlag konnten



Mietnebenkosten sind ein wachsendes Problem, vor allem die Stromkosten. Deshalb sollten die ersten 500 kWh pro Jahr und Person kostenlos abgegeben werden.

In **Ulm** diskutiert DIE LINKE mit VertreterInnen von Ulmer Gruppen / Initiativen die Wohnungssituation. Eingeladen waren dazu MdB Heike Hänsel, Freiburger Stadtrat Hendrijk Guzzoni und Peer Villwock vom Mietersyndikat in Freiburg.

Auch auf Bundesebene wird das The-

die jüngste Welle an Mieterhöhungen bei der Freiburger Stadtbau. Weitere 3500 Freiburger Haushalte sind davon betroffen. Ohnehin gilt Freiburg als die Stadt in der BRD, in der im Vergleich zum Einkommen die höchsten Mieten gezahlt werden müssen (derzeit 44%, Tendenz steigend) und für immer mehr Menschen – nicht nur mit geringem Einkommen – ist das Wohnen zu teuer.

Die Unabhängigen Listen kündigen an, bei der Aufsichtsratsitzung der FSB am 16.7. einen Antrag auf Rück-

genutzt werden um den Aufbau weiterer Mieterinitiativen zu unterstützen, u.a. bei den Mietern der LBBW/Patrizia. Bei Mieterversammlungen nehmen bis zu 200 Mieter teil.

Mitte April haben sich die einzelnen Mieterinitiativen zu den „Mieterinitiativen Stuttgart“ zusammengeschlossen, um gemeinsam schlagkräftiger zu werden.



Die Erfolgsliste der Mieterinitiativen ist lang. Vielen einzelnen Mietern wurde zu ihrem Recht verholfen, der Abriss einer Wohnsiedlung in Stuttgart Ost verhindert. Aus der 64%igen Mieterhöhung ab 1.12.2012 für die Mieter in der Bottroperstraße wurde eine 40%ige Erhöhung ab 1.8.2013. Auch diese Erhöhung will die Mieterinitiative nicht akzeptieren und wehrt sich weiter dagegen. Das Wichtigste ist allerdings, dass die Vereinzelung der Mieter überwunden wird, dass die Erfahrung gemacht wird, dass man was erreichen kann, wenn man sich zusammenschließt und sich gemeinsam wehrt. Der gemeinsame Kampf der Mieter verschiedener Nationalitäten, Ethnien und Religionen ist auch ein wertvoller Beitrag gegen das Gift von Spaltung, Ausgrenzung, Rassismus und Islamophobie.

Bei Mietern und in der Öffentlichkeit setzt sich in Stuttgart mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass die Linke die einzige Partei ist, die in Worten und Taten auf der Seite der Mieter steht. In den Stadtteilen mit Mieterinitiativen hat sich dies bereits bei Wahlen durch überdurchschnittliche Wahlergebnisse bemerkbar gemacht. Einige neue Mitglieder konnten für die Linke gewonnen werden. Zuletzt ist der Vorsitzende der Mieterinitiative LBBW/Patrizia Initiative im Januar 2013 in die Linke eingetreten.

Es wäre gut, wenn die Linke auch in anderen Städten eine Rolle spielen könnte Mieterinitiativen aufzubauen. Eine landesweite Vernetzung von Mieterinitiativen und „Recht-auf-Stadt“-Initiativen hätte dann eine breite Basis. Die Genossinnen und Genossen, die in Stuttgart aktiv in der Mieterbewegung sind, sind gerne bereit ihre Erfahrungen weiterzugeben und Unterstützung zu leisten. Ansprechpartnerin: Ursel Beck, ursel.beck@gmx.de, Tel. 0711/38073372. website <http://www.mieterinitiativen-stuttgart.de/>

Karin Binder (MdB): Nur öffentlicher Wohnbau schafft günstige Mieten

Beim bundesweiten Mieten- und Immobilienranking sind mit Stuttgart und Freiburg zwei baden-württembergische Städte unter den Top 10. „Diese Platzbelegungen sind nur die Spitze des Eisberges der Mietpreisentwicklung der letzten Jahre. Leider werden aus dieser Entwicklung nicht die richtigen Schlüsse gezogen“, so MdB Karin Binder, Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus Baden-Württemberg.

Und weiter „In den meisten Gemeinden ist das Grundproblem zwar bekannt, wird jedoch aus sozialpolitischer Sicht falsch beantwortet. In der Studie heißt es ‚Selbst vom geförderten Wohnungsbau profitiert allenfalls die untere Mittelschicht. Für Niedrigverdiener bleibt selbst der subventionierte Neubau zu teuer.‘ Die Ausweisung von privat finanzierten Neubauprojekten – auch ganzer Stadtteile, wie in Freiburg – ist daher die falsche Antwort. Der öffentliche verkündete Kampf gegen Mietpreissteigerungen verkommt so zum Vehikel privater Bauinteressen, was BürgerInnen mit kleinen Einkommen kaum was nützt.“

„Die richtige Antwort wären Investitionen durch Bund, Land und Kommunen in eigene Sozialwohnungsbestände und die Vergabe von Bauflächen an private Träger, nur wenn diese ebenfalls dauerhaft Mieten deutlich unter den Durchschnittsmieten verbindlich zusichern. Das starke öffentliche Interesse an bezahlbarem Wohnraum muss von allen politischen Ebenen finanziell unterstützt werden. Dazu brauchen wir endlich eine gerechte Besteuerung großer Vermögen“, so Karin Binder abschließend.

Obdachlos in Konstanz

21. JUNI. Wer im betulichen Konstanz glaubt oder zu glauben vorgibt, die Stürme des Lebens zögen an der Bodensee-Idylle vorbei, konnte sich mal wieder eines Besseren belehren lassen, denn die Opfer der sozialen Entwicklungen meldeten sich endlich unüberhörbar zu Wort und boten ein Highlight der traditionell um 18 Uhr stattfindenden Bürgerfragestunde im Gemeinderat. Bei allem Palaver über hohe Mieten wird oft übersehen, dass es eine wachsende Zahl an Menschen gibt, die sich gar keine Wohnung mehr leisten können. Und so beklagten denn **Jörg Fröhlich** von der AGJ Wohnungslosenhilfe sowie einige betroffene Obdachlose, dass ihre Lage angesichts langer Wartelisten der Wobak und einer schon für Normalverdiener brennenden Wohnungsnot prekär bis aussichtslos sei. In Konstanz seien derzeit 56 Wohnungslose – 11 Frauen, 2

Kinder, 43 Männer – bekannt, und man müsse darüber hinaus von einer gewissen Dunkelziffer ausgehen. Außerdem gebe es zunehmend Übergriffe auf Obdachlose, die endlich geschützte Räume bräuchten. Sie forderten den Oberbürgermeister sowie die Gemeinderätinnen und -räte dazu auf, darzulegen, was diese gegen solche Zustände tun werden.

Vera Hemm (Linke Liste) zitierte aus dem Bericht der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft Wobak: „Der Kern des Unternehmenszwecks bleibt unverändert die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum.“ Sie beklagte, dass sich das nicht ausreichend „im sozialen Wohnungsbau niederschlägt. Auch die Stadt ist hier gefordert: Wir denken, dass es möglich sein müsste, bei weiteren Investitionsplanungen einen bestimmten Prozentsatz fix für den Bau erschwinglicher Mietwohnungen zweckgebunden einzuplanen.“

www.die-linke-konstanz.de

Regionalverband Heilbronn-Franken: zum Ausbau der A 6

Auf der Sitzung des Regionalverbandes Heilbronn-Franken in Roth am See, sprach Regionalrat Johannes Müller-Schön zum Bundesverkehrswegeplan und Ausbau der A 6 für die Fraktion Grüne-ÖDP-Die Linke. Müller-Schön kritisierte die von Herrn Reinhold Würth („Schrauben-Würth“) und anderen gegründete „Bürgerinitiative PRO Region“:

„Der Ex Oberbürgermeister von Öhringen irrt sich, wenn er behauptet die „BI“ würde die ganze Region vertreten. Die parlamentarisch legitimierte Vertretung der Region hat sich heute hier versammelt, auch wenn wir als Mitglieder leider noch nicht von den Einwohnerinnen und Einwohner direkt gewählt werden können.“

Die Fraktion Grüne-ÖDP-Die Linke sieht bei der A 6 dringenden Handlungsbedarf. Wir wollen Entlastung durch Ausbau der Schieneninfrastruktur, deshalb haben wir die Projektanmeldungen zum Schienenverkehr im April mitgetragen. Die jahrelangen Versäumnisse und eine falsche Schwerpunktsetzung müssen bei der Bahn und im Land korrigiert werden, um wirtschaftlich notwendige Gütertransporte ökologisch sinnvoll bewältigen zu können.

Ja, unsere Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mehrheitlich zu, auch weil wir auf und entlang der A 6 Handlungsbedarf sehen.

Die Kunst und Erfordernis dabei sind die stark unterschiedlichen Interessen zwischen den großen Konzernen und ihren Logistikbedürfnissen und den

berechtigten Interessen der Anliegergemeinden entlang der A 6 in Einklang zu bringen. Dies geht nur durch hohe Bürgerbeteiligung und durch solide, transparente Finanzierung.

Nein sagen wir als Fraktion zur Finanzierung von Großprojekten durch sogenannte „öffentlich-private Partnerschaften“. Viele bereits heute misslungene Beispiele zeigen, dass diese Finanzierungsmachenschaften intransparent und für den Steuerzahler zu teuer sind. Wer glaubt, durch die Beteiligung privater, gewinnorientierter Investoren zusätzliches Geld für öffentliche Aufgaben generieren zu können, der irrt.

LINKE Regionalversammlung Stuttgart: Bahn übt politische Zensur aus

„Mit ihrer Weigerung, verkehrspolitisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Sonderzug zu marktüblichen Konditionen zu vermieten, hat die Deutsche Bahn AG ein inakzeptables und gutherrnähnliches Verhalten an den Tag gelegt“, teilt Wolfgang Hoepfner, verkehrspolitischer Sprecher der LINKEN in der Regionalversammlung mit.

Hoepfner vergleicht in einem Schreiben an den DB-Bevollmächtigten Peter Fricke die Weigerung der Bahn mit einem „infantilen Gehabe eines Modelleisenbahnbesitzers, der zum ‚Mitspielen‘ von anderen Wohlverhalten bzw. Unterwerfung verlangt.“ Er erklärt weiter: „Mit ihrer Verweigerung der Vermietung liefert die Bahn schlagende Argumente für die Notwendigkeit, das Schienennetz als wichtigen Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur der privatwirtschaftlichen Logik der DB zu entziehen und unter öffentlicher Kontrolle zu betreiben.“

Christoph Ozasek, Sprecher der LINKEN in der Regionalversammlung macht den Initiatoren des Sonderzugs Mut und verweist darauf, dass „auch in der Vergangenheit wichtige Bestandteile des heutigen ÖPNV-Angebots in der Region wie die Nachtnetze bei Schiene und Bus von kleinen Gruppen engagierter Bürgerinnen und Bürgern auch gegen den anfänglichen Widerstand von Betreibern und Aufgabenträgern in die öffentliche Diskussion gebracht und schließlich umgesetzt wurden.“

DIE LINKE wird das Thema per Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Verkehrsausschusssitzung der Regionalversammlung am 3.7.13 setzen. *Dringlichkeitsantrag der LINKEN*
Für die Sitzung des Verkehrsausschusses beantragte DIE LINKE:

Der Verkehrsausschuss beschließt:

1. Der Verkehrsausschuss missbilligt die Weigerung der Deutschen Bahn AG,

den Initiativen „Zukunft Schiene“ und „Bündnis Filderbahnhof Vaihingen“, einen Sonderzug zur Verdeutlichung ihrer verkehrspolitischen Anliegen zu vermieten.

2. Der Verkehrsausschuss fordert die Deutsche Bahn AG auf, Ihre ablehnende Haltung zu überdenken und den Initiativen bei weiter bestehendem Interesse den Sonderzug zu den üblichen Konditionen zu vermieten.

Heike Hänsel bei der Wohnungslosenhilfe in Freudenstadt



Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel (rechts) informierte sich unter anderem am Infopunkt Stadtbahnhof in Freudenstadt über die Arbeit der Erlacher Höhe. Foto: Erlacher Höhe

KREIS FREUDENSTADT – Die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel (Die Linke) besuchte die Einrichtungen der Wohnungslosen- und Arbeitslosenhilfe der Erlacher Höhe in Horb und Freudenstadt. Die Tübinger Abgeordnete verschaffte sich vor Ort einen Überblick über die verschiedenen Hilfs- und Dienstleistungsangebote der diakonischen Einrichtung, die in Württemberg insgesamt 15 Standorte unterhält. (*Quelle: Schwarzwälder Bote, 23.5.2013*)

Neuer Ortsverband in Bad Säckingen gegründet

Als erster Ortsverband im Kreisverband Waldshut gründete sich der OV Bad Säckingen.

Zu Gast bei der Ortsverbandsgründung war der Bundestagsabgeordnete Michael Schlecht, Hauptthema: gute Arbeit, gute Rente. Michael forderte, dass die Rentensicherung zur Gänze in die Hand des Staates zurückgeführt werden solle. Eine etwas höhere Beitragsbelastung werde aufgewogen, wenn endlich die Löhne wieder real anstiegen und die Produktivitätssteigerung an die Beschäftigten weitergegeben werde. Dazu müsse Hartz IV abgeschafft, die Agenda 2010 rückabgewickelt und der Binnenmarkt gleichzeitig angekurbelt werden. Über die Veranstaltung

berichteten „Badische Zeitung“ und der „Südkurier“. Es habe sich gezeigt, so Schlecht, dass die Einführung der Riesterrente ein Flop gewesen sein, da sie von weniger als der Hälfte genutzt werde. Viele Beschäftigte könnten sie sich gar nicht leisten. Darüber hinaus subventioniere die staatliche Förderung in Höhe von 15 bis 20 Milliarden praktisch die Finanzinstitute. Dass die Verwaltungskosten viel höher seien als bei der gesetzlichen Rentenversicherung, sei ein weiteres Ärgernis. Das Rentenniveau müsse unbedingt wieder auf 53% angehoben werden. Die mit der steigenden Zahl der Rentenbezieher einhergehende Notwendigkeit, die Beiträge anzuheben, werde verkraftbar sein, da ein Mindestlohn eingeführt werden müsse und die Reallöhne überhaupt wieder steigen müssten. Dadurch würde die Nachfrage nicht konstant bleiben, sondern ansteigen. Mithilfe der von der Linken geforderten Vermögensteuer sei dringend in die Infrastruktur zu investieren, wie z.B. in Bildung, Pflege, Sanierung von Kanalisation, Straßen oder in den Ausbau von Verkehrsstrecken. Durch die dadurch entstehende Ankurbelung der Binnen- nachfrage werde die Einführung eines Mindestlohnes – entgegen der Befürchtung von Mindestlohngegnern – keine Arbeitsplätze vernichten. In diesem Zusammenhang erwähnte er, dass natürlich auch Leiharbeit und die diese zunehmend ablösenden Werkverträge zurückgedrängt werden müssten. Michael erklärte, dass befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit und Werksverträge erheblich die Kampffähigkeit der Gewerkschaften geschwächt hätten. Zumal die Solidarität und der soziale Zusammenhalt zwischen 450 €-Jobbern im Einzelhandel, die sich am Arbeitsplatz ja gar nicht mehr trafen, zwangsläufig geschwunden sei. Er forderte daher nochmals, dass die Agenda 2010 rückabgewickelt gehöre. In der Diskussion wurde das Thema Arbeitszeitverkürzung angesprochen; die Arbeit und die Belastungen der Arbeit seien gerechter zu verteilen.

Ludwigsburg: Kemmerle rückt im Rat nach

Hans Jürgen Kemmerle zieht für die Linke in den Gemeinderat ein. Er folgt auf Werner Hillenbrand, der sein Amt aus gesundheitlichen Gründen abgegeben hat. Kemmerle arbeitet seit 2002 im Kriseninterventionsdienst der Stadt Heilbronn. Zuvor war er 15 Jahre in der Kinder- und Jugendhilfe tätig. Von 1989 bis 1994 saß er für die Grünen im Kreistag Ludwigsburg. 1999 kehrte er aufgrund der Entscheidung für den Jugoslawienkrieg den Grünen den Rücken und engagierte sich seit 2004 zuerst in der WASG und jetzt bei der LINKEN.

Bundesgartenschau Mannheim: Gemeinderat für Bürgerentscheid – CDU erzwingt absurden Termin

MANNHEIM. In seiner Sitzung am 18. Juni hat der Gemeinderat beschlossen, die Wahlberechtigten in Mannheim parallel zur Bundestagswahl am 22. September folgendes zu fragen: „Soll Mannheim zur nachhaltigen Entwicklung eines Grünzugs Nordost im Jahr 2023 eine Bundesgartenschau durchführen, die überwiegend auf dem Gelände der ehemaligen Spinelli-Kaserne und unter Einbeziehung einer maximal 16 Hektar großen Teilfläche der Feudenheimer Au unter Beibehaltung ihres Status als Landschaftsschutzgebiet stattfindet?“.

Der Gemeinderat gibt damit die Entscheidungskompetenz über die Durchführung der BuGa an das Wahlvolk zurück. Er hatte mit 75% Mehrheit im Februar „die Bewerbung der Stadt Mannheim für die Austragung der Bundesgartenschau (BuGa) 2023 bei der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (dbg) auf Grundlage der Machbarkeitsstudie vom 25.10.2012“ beschlossen, wobei zehn interfraktionell definierte noch zu klärende Punkte festgehalten wurden.

Zwischenzeitlich hatte die im „Mannheimer Morgen“ über die sogenannten Bürgerbarometer veröffentlichte Meinung die anfängliche BuGa-Euphorie durch zunehmende Skepsis ersetzt und die Einbeziehung der Au wurde ausgehend vom Umweltforum und schwerpunktmäßig in Feudenheim mit erheblichem Presseverstärkerecho problematisiert. Es entstand der Wunsch nach Bürgerentscheid, der sich schließlich in fünf Gemeinderatsanträgen manifestierte, die nach Fragestellung und Termin alle voneinander abwischen. Der Oberbürgermeister brachte daraufhin im letzten Hauptausschuss den Vorschlag ein, den Bürgerentscheid im Februar 2014 durchzuführen. Bis dahin sollten zwischen Juli und November vier Planungsgruppen aus Mitgliedern des Gemeinderats, der Bürgerschaft und von Verbänden und Initiativen die Planung konkretisieren. Die Fachverwaltung sollte fünf definierte Aufgabenfelder auf Grundlage der Empfehlungen der politischen Gremien wie auch aus den Diskussionen mit den Vereinen und Verbänden bearbeiten. Ferner sollten noch Gutachten eingeholt werden (Klima, Verkehr, Biotopkartierung). Am 9. Dezember sollte der Gemeinderat dann die Fragestellung und den Februartermin förmlich beschließen. Dieser Termin basierte ursprünglich auf einem Vorschlag der CDU und der Grünen. Die SPD unterstützte den Termin. Die Linke trat für den Termin der Kommunalwahl im Mai 2014 ein. Die CDU schwenkte aber noch vor dem Hauptausschuss auf den

ursprünglich von der ML geforderten Termin 22. September um.

Die Gemeindeordnung Baden-Württemberg verlangt für einen Gemeinderatsbeschluss über einen Bürgerentscheid eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder. Wer einen Bürgerentscheid wollte, musste sich also terminlich zusammenraufen. Keiner der Termine hatte nur Vor- oder Nachteile. Der 22. September hatte jedoch die gravierendsten Nachteile. Die CDU bestand stur darauf – genüsslich. Denn wer ihr nicht folgen wollte, hätte sich dem Vorwurf ausgesetzt, den Bürgerentscheid verhindert haben. Die Sehnsucht nach den vergangenen, ach so herrlichen Zeiten der kommunalen großen Koalition suchte Befriedigung.

Auf den Termin kommt es an!

Was spricht für, was gegen den 22. September? Dafür spricht eine zu erwartende hohe Wahlbeteiligung. Dies war auch das einzige Argument der CDU. Dagegen spricht, dass die Ausarbeitung des BuGa-Konzepts unter bürgerschaftlicher Beteiligung bis dahin unmöglich zu leisten ist. Dagegen spricht vor allem, dass die Haushaltsberatungen über den Planungszeitraum 2014 bis 2018 erst im Dezember stattfinden. Die Linke, die von Anfang an für eine Kostendeckelung von 65 Millionen Euro im Gemeindeanteil eintrat, verwies auf eine vollkommen neue und überraschende Finanzsituation: Durch die Ergebnisse des Mikrozensus hat die Stadt Mannheim (angeblich) 23 000 Einwohner weniger als im Melderegister ausgewiesen. Das führt perspektivisch zu Mindereinnahmen der Stadt aus Schlüsselzuweisungen von ca. 20 Millionen Euro jährlich. Dieser Tatbestand ist geeignet, die wirtschaftliche Basis der BUG in Mannheim samt ihrer Stadtentwicklungsambitionen

zunichte zu machen. Das Thema ist noch nicht einmal andiskutiert, die Folgen für den Doppelpet 2014/2015 noch vollkommen offen. Der finanzielle Aspekt ist jedoch für die abstimmende Bevölkerung ein ganz wichtiges Kriterium.

Der Februartermin liegt hinter der Etatentscheidung. Er dürfte jedoch mit ziemlicher Sicherheit dazu führen, dass der Bürgerentscheid das in Baden-Württemberg sehr hohe, zu hohe Quorum von 25% Abstimmungsbeteiligung verfehlt. Kein guter Umgang mit diesem Instrument direkter Demokratie. Deshalb der mündlich eingebrachte Antrag der Linken, mit dem Bürgerentscheid bis zur Kommunalwahl zu warten – und einen Bürgerentscheid auf Basis klarer Informationen und Konzepte durchzuführen und mit der Aussicht auf Erfüllung des Quorums.

Somit gab es drei konkurrierende Anträge, die nacheinander abgestimmt wurden. Zunächst der Antrag der Linken: Er erhielt nur die Stimmen der Linken, von Gudrun Kuch und einiger Grünen. Der Antrag „Februar“ der Grünen erhielt die Stimmen aller Grünen, der SPD, der Linken und des OB. Es waren zwar viele, aber keine 33 Stimmen. Darauf der Antrag der CDU: Grüne und SPD beugten sich; nur die Linke und Gudrun Kuch stimmten gegen den Termin und gegen einen Entscheid, für den wesentliche Entscheidungskriterien bis dahin noch nicht beantwortet werden können.

Erste Konsequenz ist nun, dass die bereits terminierten Planungsgruppen auf Oktober verschoben werden – vorausgesetzt, die BuGa bekommt grünes Licht im Bürgerentscheid. Lediglich die für 25. Juni geplante Informationsveranstaltung zum Beteiligungsprozess soll wohl stattfinden. Eine vertane Chance!

Thomas Trüper, Stadtrat Die LINKE

Linke im Gemeinderat fordert: Städtische Wasserversorgung nachhaltig in öffentlichem Eigentum halten!

Der Mannheimer Stadtrat Thomas Trüper hat dazu folgenden Antrag in den Gemeinderat eingebracht:

Die Verwaltung erarbeitet eine Strategie, wie die Mannheimer Trinkwasserversorgung nachhaltig in öffentlichem Eigentum gehalten werden kann und legt sie dem Gemeinderat so rechtzeitig zur Beschlussfassung vor, dass noch vor Auslaufen des Konzessionsvertrags mit der RHE zum 31.12.2014 ggf. reagiert werden kann.

Begründung:

Nach jetzigem Diskussionsstand der

EU-Dienstleistungskonzessionsrichtlinie ist fest davon auszugehen, dass die Mannheimer Wasserversorgung zu denjenigen gehören wird, die EU-weit auszuschreiben sind. Sie ist über die RHE privatrechtlich organisiert und mit der MVV-Energie AG in einem börsennotierten Unternehmen verankert, welches nur zum geringeren Teil in der Wasserwirtschaft tätig ist.

Neben den Risiken der Konzessionsvergabe in einem Ausschreibungsverfahren stellt auch die knappe Mehrheit der Stadt Mannheim an den Anteilen der MVV Energie AG (50,1%) langfristig

ein Risiko dar: Sollte die MVV Energie AG zu einer Kapitalerhöhung gezwungen sein, müsste die Stadt Mannheim entsprechende Anteile zeichnen. Dies leisten zu können ist ebenso fraglich wie die Fähigkeit, auf Dauer die Mehrheit der MVV-Aktien halten zu können, wie die Absenkung der Satten auf eine knappe Mehrheit in der Vergangenheit bewiesen hat.

Die Intention, die Wasserversorgung in öffentlichem Eigentum zu halten, ist zwischen den meisten politischen Parteien Konsens.

Kommentar:

Die beiden Wasserwerke in Rheinau und Käfental, die zusammen mit dem Wasserwerk Schwetzingen Hardt die Mannheimer Wasserversorgung sicherstellen,

sind seit Jahren im Eigentum der RHE, die eine vollständig in der MVV Energie AG aufgegangene Gesellschaft ist. Die gegenüber den ursprünglichen Planungen der EU-Kommission inzwischen abgemilderte Konzessionsrichtlinie, die die Wasserversorgung unter bestimmten Bedingungen aus dem Ausschreibungszwang herausnimmt, trifft für die Mannheimer Wasserversorgung aus den im Antrag genannten Gründen nicht zu. Nur reine Stadtwerke profitieren von dieser Änderung der Richtlinie.

Bisher gibt es im Mannheimer Gemeinderat nur Anfragen, wie die Konzessionsausschreibungen 2014 aussehen werden und welche Folgen diese Ausschreibungen haben könnten (SPD und Grüne). Eine strategische Diskussion fand (noch) nicht statt.

Dass man sich selbst in der CDU Gedanken über die Wasserversorgung Mannheims macht, zeigt eine Stellungnahme des Evangelischen Arbeitskreises (EAK). Die dort erhobene Forderung nach Errichtung eines Eigenbetriebes Wasserwirtschaft liegt nahe; er könnte mit dem Eigenbetrieb Abwasserwirtschaft zusammengefasst werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass trotz der privatrechtlichen Verankerung der Wasserwirtschaft der Wasserpreis mit seit 2006 unverändert 2,19 Euro/Kubikmeter vergleichsweise günstig ist. Aber genau dies zu sichern soll die Verwaltung nach Auffassung der Linken einen Vorschlag unterbreiten. Die vollständige Rekommunalisierung zunächst der Wasserversorgung wäre sicherlich nicht die schlechteste Idee.



DIE LINKE im Bündnis Menschenkette gegen Rechts: Am 6. Juli 2013 organisierte ein breites Bündnis von Organisationen und Parteien eine Menschenkette zwischen Bietigheim und Heilbronn. DIE LINKE der KVs Ludwigsburg und Heilbronn waren im Orgateam dabei. Unser Bundestagskandidat aus dem Wahlkreis Ludwigsburg, Peter Schimke, war Streckenabschnittsverantwortlicher von Bietigheim nach Besigheim und hatte sich in den letzten Monaten mit großem Einsatz an den Vorbereitungen beteiligt. Auf dem Bahnhofsvorplatz von Bietigheim hatte DIE LINKE einen Infostand aufgestellt. Auf dem Bild unsere MdB Heike Hänsel sowie die Bundestags Kandidaten Walter Kubach, Milan Kopriva, Gotthilf Lorch. Der Kandidat Volker Bohn nahm in Heilbronn teil.

SPD-Landtagsabgeordnete lud Geheimdienstkritiker und Innenministerium an einen Tisch

TÜBINGEN: Auf Einladung der SPD-Landtagsabgeordneten Rita Haller trafen sich Kritiker des Landesamtes für Verfassungsschutz zu einem presseöffentlichen Gespräch mit Ministerialdirektor Herbert Zinell aus dem Innenministerium. Zinell ist Stellvertreter von Innenminister Gall. Anlass des Gesprächs war die Dauerbeobachtung des Tübinger AltdKP-Stadtrates Gerhard Bialas sowie die geheimdienstliche Ausforschung der DGB-Kundgebung am 1. Mai 2010, bei der die linke Stadträtin Gerlinde Strasdeit moderierte. Am Gespräch beteiligte Vertreterinnen des Tübinger DGB-Arbeitskreises, der VVN/BdA, der DKP und der LINKEN hatten zuvor öffentlich kritisiert, dass die SPD-Grüne-Landesregierung die Schlapphut-Beobachtung gegen Links ungehemmt weiterführe. Gleichzeitig habe der Verfassungsschutz die Aufklärung rassistischer Verbrechen behindert.

Zur Linken betonte Zinell, sie würde in Baden-Württemberg nicht mehr

beobachtet, aber weiterhin einige ihrer Zusammenschlüsse – unter ihnen der Jugendverband Solid. Das sei „ein dickes Stück“, kritisierte Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer und Kreisrat der Linken. Die Beobachtung wirke auf junge Leute abschreckend. „Ich sehe den Verfassungsschutz nicht als demokratisches Element, sondern als politisches Instrument, das zur Abschreckung diene.“ Ausnahmslos alle Organisationen der Linken würden ihre Ziele mit demokratischen Mitteln durchsetzen. Kapitalismuskritik sei nicht verfassungswidrig. Das Grundgesetz schütze keine bestimmte Wirtschaftsordnung.

Gerhard Bialas wurde am 1. Mai 2010 bei der Kundgebung auf dem Tübinger Marktplatz beobachtet und mit ihm weitere Organisationen. In einem Schreiben bezeichnete der Verfassungsschutz die Moderatorin der Kundgebung als linksextrem. Das wertete die Klinikums-Personalrätin Gerlinde Strasdeit als „gezielten Einschüchterungsversuch“

und „Verunglimpfung ihrer Person“. Auch der Grünen-Landtagsabgeordnete Daniel Lede Abal kritisierte die Formulierung als „herabwürdigend und verfälschend“. Der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Gerhard Boehmler stellte klar, dass der DGB „bewusst eine Einheitsgewerkschaft“ ist. Als Sprecher des DGB-Arbeitskreises sei es für ihn „nicht akzeptabel, dass die Teilnahme an einer solchen Veranstaltung einem Menschen vorgehalten wird“.

(Quelle: Schwäbisches Tagblatt Tübingen)

NSU-Untersuchungsausschuss für BW gefordert

Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in Baden-Württemberg ist unverzichtbar. Die Pannensliste in Sachen NSU und Baden-Württemberg wird immer länger. Der ehemalige Landeschef des Verfassungsschutzes bestätigte erst

jüngst ein Versagen der Behörde. Sebastian Edathy, Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, hält es für möglich, dass der Ku-Klux-Klan im Südwesten vom Verfassungsschutz ins Leben gerufen wurde. Es kann nicht mehr ausgeschlossen werden, dass das Landesamt strafverleitend tätig geworden ist und sich so vielleicht sogar Mitschuldig gemacht hat“, so Bernhard

Strasdeit für den Landesvorstand der LINKEN in Baden-Württemberg.

„Pauschale Erklärungen von Seiten des Innenministers Reinhold Gall (SPD), das ihm unterstellte Landesamt habe sich „nichts vorzuwerfen“ dienen nur weiter dazu, einen Deckmantel des Schweigens über diese Behörde zu werfen.

DIE LINKE ist auch weiterhin für eine Auflösung des Landesamtes für

Verfassungsschutz. Bis dahin aber gehört diese Behörde zumindest richtig parlamentarisch kontrolliert.

Eine parlamentarische Untersuchung ist spätestens jetzt notwendig, um die Fehlleistungen der Behörden sowie die Verbindungen der Polizei zur Naziterorszene und zum Ku-Klux-Klan vollständig aufzuklären“, so Strasdeit abschließend.

„Krokus“: „Schwenk nach links / Verfassungsschutz: Silvia Ofori unter Beobachtung – Rechtsextreme aus dem Blick“

Unter dieser Überschrift berichtete die örtliche Schwäbisch Haller Tageszeitung, das „Haller Tagblatt“, am 2. Juli 2013 über das Interview des NSU-Untersuchungsausschusses mit dem heute pensionierten Verfassungsschutzbeamten mit dem Decknamen Rainer Öttinger, wohnhaft in Schwäbisch Hall. Bereits am 21. Juni 2013 hatte die „Stuttgarter Zeitung“ meinen Namen – Silvia Ofori – im Zusammenhang mit dem NSU-Untersuchungsausschuss erwähnt.

Was ist der Sachverhalt? Im Zusammenhang mit den NSU-Attentaten wurde das rechte, mit der NSU vernetzte, Spektrum untersucht. Im Untersuchungsausschuss des Bundestages wurde bestätigt, dass in Schwäbisch Hall die europäische Zentrale des Ku-Klux-Klan eingerichtet war. Der Verfassungsschutz hatte Unter-

lagen über die Aktivitäten, z.B. Blutsrituale, bei denen zwei Polizeikollegen der hingerichteten Michèle Kiesewetter zu Rittern des KKK geschlagen wurden, in seinem Besitz. Die Schwäbisch Haller Bevölkerung hatte nicht die leiseste Ahnung von den Vorgängen, wog sich in Sicherheit und lebte im Bewusstsein, eine multikulturelle Stadt mit Goetheinstitut und internationalem Flair für Touristen zu sein. Auch die Antifagruppen hatten keine Hinweise auf derart merkwürdige Umtriebe.

Das war der erste Skandal: von 2001 bis 2011 konnte eine KKK-Euro-Zentrale existieren ohne, dass die Öffentlichkeit vom Verfassungsschutz informiert und gewarnt wurde.

Dann ist da noch Krokus, die V-Frau mit bürgerlichem Namen Petra Klass.

Petra Klass aus Langenburg, hat sich bei der Linken als Interessentin eingeschlichen und den Kreisverband Schwäbisch Hall-Hohenlohe ausspioniert, etwa seit 2007 bis 2012. Vor ihrem Einsatz gegen links war sie im Einsatz gegen die rechte Szene. Sie beobachtete z.B. Nelly Rühle, wohnhaft in Ilshofen-Wolpertshausen, bedeutende NPD-Frau, die im Schwäbisch Haller Raum nicht aktiv ist, sondern im weiteren Umfeld. So hat sie in Karlsruhe kandidiert für die NPD. Es gibt Hinweise auf Vernetzung mit dem NSU. Krokus wurde von der Rechten abgezogen, also auch von Nelly Rühle, und gegen die Linke angesetzt, insbesondere gegen mich. Der Grund: meine Kandidatur zum Bundestag in 2009. Das Innenministerium begründete den Schwenk damit, dass es „keinen ausreichenden

Flucht ist kein Verbrechen!

An einer Solidaritätsaktion der besonderen Art nahmen einige Heilbronner Mitglieder der Partei DIE LINKE teil. Bei dem Konzert der Toten Hosen im

Frankenstadion am Freitag, 14.6. unterstützten sie mit anderen örtlichen AktivistInnen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen die Aktion

„Flucht ist kein Verbrechen“ die von PRO ASYL getragen und von den Toten Hosen unterstützt wird.

Sie sammelten Unterschriften unter die aktuelle PRO ASYL Kampagne die sich wendet gegen

- die Abschottungspolitik Europas,
- die europaweite Inhaftierungspraxis und das Abschieben von Flüchtlingen an die Außengrenzen,
- die Ausgrenzung von Schutzsuchenden.

Über 18 500 tote Flüchtlinge wurden seit 1988 an den Grenzen Europas gezählt. Die Dunkelziffer ist viel höher (Quelle: fortresseuropa.blogspot.de, Oktober 2012).

Mehr als 15 000 Menschen haben den Aufruf von PRO ASYL bereits unterzeichnet. In Heilbronn sind dank der Soliaktion weitere dazugekommen!

Anschließend genossen die UnterstützerInnen das Konzert der Toten Hosen. Praktische politische Arbeit, Solidarität und Spaß schließen sich also keineswegs aus!!

Weitere Info gibt es unter: www.flucht-ist-kein-verbrechen.de, www.proasyl.de oder www.dietotenhosen.de/proasyl.php.

jüp



Zugang zur rechten Szene“ gab. Wieso wurden die wenigen verfügbaren V-Leute dann umfunktioniert? „Öttinger“ hatte darauf keine plausible Antwort bei seinem Interview in Berlin. Vielleicht fällt seinen Kollegen und Vorgesetzten was Gescheites dazu ein ...

Krokus ist also bei der Linken in Mitgliederversammlungen aufgetaucht. Beim Bundestagswahlkampf hat sie mitgeholfen und sie hat mehrere Telefonate und Mail-Verkehr mit mir geführt. Mehrfach hat sie mich damit genervt, mehr Aktivitäten zu entwickeln. Ich fragte mich schon, warum sie eigentlich nicht Mitglied werden wollte. Heute ist klar, woher das Nerven kam. Für die unglaublich wichtigen Informationen aus dem Kreisverband der Linken hat sie wertvolle Steuergelder kassiert. V-Leute werden ja bezahlt, vermutlich nicht ganz schlecht. Das „Haller Tagblatt“ schreibt

zu den Informationen beim Verfassungsschutz: „Wie wichtig die Erkenntnisse über Ofori und Die Linke waren, lässt sich über alte Einträge erahnen: „Linkspartei will wie die CDU für Wahlkampf T-Shirts drucken“ oder „Die Linke zeigt den Film Let's make money“.“ Äußerst verfassungsfeindlich ...

Meine Stellungnahme zur Bespitzelung: „Das war doch Beschäftigungstherapie. Kurios ist, dass der Ku-Klux-Klan hier unbehelligt Rituale abhalten kann, beschattet aber werde ich.“

Seit Oktober 2012 wissen wir von der Linken in Schwäbisch Hall-Hohenlohe, dass wir von Petra Klass observiert wurden. Alexander Gronbach, eine wirklich dubiose Figur, die zwischen rechts und links umherpendelt, hat nach Beziehungsstress Krokus verraten. Petra Klass wurde von mir sofort aus der Kartei der Interessenten gestrichen, der

Kontakt zu ihr abgebrochen. Ich hatte den Verfassungsschutz nach Gronbachs Ausplaudern aufgefordert, die gesammelten Daten offen zu legen. Das wurde und wird heutzutage immer noch verweigert. Die erste Frage, die mir nach der Veröffentlichung zu den Untersuchungsausschüssen in den Kopf schoß, war: was ist eigentlich der Unterschied des deutschen Verfassungsschutzes zur Stasi? Bundesweit betrachtet ist die Situation eine Katastrophe. Rechte Terroristen richten Menschen hin, der Verfassungsschutz schaut weg. Linke Parteimitglieder machen Wahlkampf und sind aktiv für soziale Gerechtigkeit, werden beobachtet und kriminalisiert. Es ist nicht mehr auszuhalten. Wie will man so einen Verfassungsschutz reformieren? Gar nicht – weg damit!

Silvia Ofori, Schwäbisch-Hall

Fahrt zur Gedenkstätte KZ Auschwitz und zum CSD Warschau

Liebe ist ein Menschenrecht!

„CSD Stuttgart grüßt CSD Warschau – Liebe ist ein Menschenrecht!“ – mit dieser Aufschrift eines Transparents beteiligten sich am 15. Juni 2013 Brigitte Lösch, Bündnis 90/Die Grünen und Vizepräsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, Thomas Adler von der Fraktionsgemeinschaft SÖS/Linke des Stuttgarter Gemeinderats und Laura Halding-Hoppenheit, Kings Club, mit neun weiteren Stuttgarter Aktivistin-

nen und Aktivisten am CSD Warschau. „Lesben, Schwule, Transsexuelle und Transgender-Personen zu stärken und auch im Ländle zu zeigen, wie wichtig es ist, Minderheitenrechte als Menschenrechte zu begreifen“ nannte Lösch als Motiv der Reise. „Angesichtes eines Bündnisses zwischen religiösen Eifernern und hasserfüllten, gewaltbereiten Gegnern von Lesben und Schwulen in vielen osteuropäischen Länder ist unsere

gelebte Solidarität gefordert“ ergänzt Halding-Hoppenheit, die sich bereits ein Wochenende zuvor am CSD in Bukarest beteiligte.

In 2004 und 2005 konnte der ehemalige Bürgermeister von Warschau, Lech Kacynski, den CSD in seiner Stadt noch verhindern. Mit seiner Abwahl als Premierminister in 2007 scheint die Zeit der CSD-Verbote jedoch in Polen vorbei zu sein. „Trotz feindseliger Gegendemons-



Am Samstag, den 8. Juni 2013, fand in Karlsruhe unter dem Motto „Schau nicht weg!“ die Parade zum Christopher Street Day statt. Mit ca. 1100 Teilnehmern war die Demo-Parade der Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuellen ein voller Erfolg. Auch DIE LINKE beteiligte sich mit einem eigenen Paradewagen, ebenso waren unsere Bundestagsabgeordnete Karin Binder (WK Karlsruhe-Stadt) und die Bundestagskandidaten aus Heidelberg, Sarah Mirow, sowie Milan Kopvivra aus Pforzheim vor Ort. Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern und freuen uns auf das kommende Jahr.

tranten blieb es friedlich. Geschätzte dreitausend Lesben und Schwulen mit ihren Freunden hinterließen einen selbstbewussten Eindruck. Zahlreiche Teilnehmerinnen eines Frauenkongresses applaudierten und winkten uns Teilnehmern der CSD-Parade fröhlich zu“, freuen sich Maike Pfuderer von der Landesarbeitsgemeinschaft QueerGRÜN und Christoph Ozasek von der Landesarbeitsgemeinschaft Queer der LINKEN. Zur Verblüffung und Überraschung ihrer polnischen Polizeikollegen beteiligten sich Karen Seiter und Thomas Ulmer vom Verein lesbischer und schwuler Polizeibediensteter mit einem eigenen Transparent bei der Parade. Offensichtlich ist man so etwas in Polen noch nicht gewöhnt.

„Im Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes – Stuttgarter Delegation zum CSD Warschau 2013“ stand auf den Schleifen eines Blumengebindes, das die Reisegruppe an der Todeswand vom KZ Auschwitz einen Tag zuvor niederlegte. „Im Hotel Silber soll zum ersten Mal in Baden-Württemberg die Verfolgung der Homosexuellen während der Nazizeit und in Nachkriegsdeutschland am Beispiel von Karl Zeh dargestellt werden. Dieser war von der Gestapo ins Hotel Silber verschleppt und in der Folge u. a. in das KZ Auschwitz verbracht und nach 1945 erneut wegen §175-Vergehen zu Gefängnisstrafe in Stuttgart verurteilt worden. Mit dieser Reise wollten wir auch sein Schicksal besser verstehen und nachvollziehen können“, so Ralf Bogen vom Vorstand der Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber. Ausgrenzung und Verfolgung Homosexueller in Baden-Württemberg endlich konsequent aufzuarbeiten, forderten Weissenburg e. V. und IG CSD e. V. anlässlich des diesjährigen Gedenktags zur Befreiung des KZ Auschwitz. Darin hieß es: „Wenn der Ort ‚Hotel Silber‘, von dem die Verfolgung in der NS-Zeit und danach ausging, zu einem Ort des offenen Bekenntnisses zur Vielfalt des Lebens sowie des gegenseitigen Lernens und Verstehens wird, dann waren diese Opfer nicht vergeblich“. *Ralf Bogen und Werner Biggel*

Die Linke.SDS stellt Weichen im Ländle

In Baden-Württemberg hat der Linkspartei-nahe Studierendenverband seine kommenden Vorhaben für die nächsten Semester bestimmt. Unter dem Titel „Südkonferenz“ werden die linken Studierenden im November 2013 länderübergreifende Verbandstage zu theoretischen und praktischen Fragestellungen veranstalten.

Hochschulpolitisch befasste sich die Versammlung in Freiburg/Breisgau erneut mit der anstehenden Einführung

der Verfassten Studierendenschaft. Eigenständige Wahlvorschläge wurden für die Universitäten Mannheim, Heidelberg und Freiburg angekündigt. Ebenso wurden Strategien zur Mitgliedergewinnung besprochen und die aktive Beteiligung am Wahlkampf der Linkspartei zur Bundestagswahl 2013 geplant.

In den LandessprecherInnenrat wurden bei den anstehenden Neuwahlen Julien Ferrat und Hilke Hochheiden (beide Uni Mannheim) sowie Alexander Hummel (Uni Heidelberg) und Daniel Morteza (Uni Freiburg) von der Landesmitgliederversammlung gewählt.

Scharfe Kritik an Semesterticket-Kosten in Baden-Württemberg

Die Linke.SDS Baden-Württemberg hat in einem Landesvergleich die Preisgestaltung der Semestertickets in den Universitätsstädten auf den Prüfstand gestellt. Berücksichtigt wurde dabei insbesondere der Subventionsbeitrag, den alle Studierenden mit ihrer Immatrikulation zu zahlen haben – unabhängig davon, ob sie sich das Studi-Ticket tatsächlich kaufen.

Scharfe Kritik übt der linke Studierendenverband vor allem an der Preisentwicklung. Ein bundweites Semesterticket für insgesamt unter 100 Euro ist nur noch in Tübingen für 89 Euro und in Freiburg/Breisgau für 98 Euro erhältlich. Für ein Studi-Ticket, das stadtwert gültig ist, zahlen Studierende der Universität Konstanz mittlerweile alles in allem 70 Euro. Am teuersten ist das Semesterticket in Stuttgart, Heidelberg und Mannheim. In der Landeshauptstadt kostet das Studi-Ticket letztendlich 231 Euro, in Heidelberg 163,50 Euro und in Mannheim 158,50 Euro.

„Die Preise wurden in den letzten zehn Jahren drastisch erhöht. Mängel gibt es jedoch ebenso bei der Handhabung mit dem Subventionsbeitrag, den alle zahlen. Während es meist Vergünstigungen auch für diejenigen gibt, die sich kein Semesterticket kaufen, bilden zwei Universitätsstädte im Ländle die Ausnahme. Pro Semester zahlen alle Studierenden in Mannheim 17,50 Euro und in Tübingen 22,50 Euro an ihren Verkehrsverbund. Wer dort kein Studi-Ticket kauft, hat das Nachsehen“, kritisiert Julien Ferrat, Mitglied im LandessprecherInnenrat.

Das Verkehrsunternehmen mit dem höchsten Subventionsbeitrag ohne Gegenleistung, der Verkehrsverbund Neckar-Alb-Donau (NALDO), sieht Vergünstigungen für Studierende ohne Semesterticket zwangsläufig mit einer Beitragserhöhung verbunden. Der Verkehrsverbund mit dem landesweit höch-

sten Semesterticket-Verkaufpreis, der Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS), begründet den hohen Preis für das Studi-Ticket mit dem großen Verbundgebiet und der guten Taktfrequenz zu den Hochschulstandorten.

Ferrat entgegnet dem: „Der VVS ist mit einem Verbundgebiet von 3.012 Quadratmetern deutlich kleiner als der Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) mit 9.967 Quadratmetern. Dennoch ist das Studi-Ticket in Stuttgart teurer als das Semesterticket in Heidelberg und Mannheim. Die hohen Kosten sind nicht mit der Fläche erklärbar, sondern liegen vielmehr an der Preispolitik. Das Prestigeprojekt Stuttgart 21 trägt sein Übriges dazu bei.“

In der Rhein-Neckar-Region steht die Neuverhandlung des Semestertickets bevor. Der Semesterticket-Vertrag wird zwar letztendlich vom VRN unterschrieben, allerdings werden die Verhandlungen vom ortsansässigen Verkehrsunternehmen, nämlich der Rhein-Neckar-Verkehrsgesellschaft (RNV), geführt. Die Linke.SDS begleitet die Verhandlungen kritisch.

„Ein Grund für die schlechten Konditionen in Baden-Württemberg war die erzwungene Handlungsunfähigkeit der Studierenden. Seit dem Ende der Verfassten Studentenschaft war es unmöglich, mit den Verkehrsunternehmen in echte Semesterticket-Verhandlungen zu treten. Wenn sich in den nun entstehenden Verfassten Studierendenschaften viele Studierende einbringen, ist es möglich deutliche Verbesserungen zu erzielen. Dies wird eine der kommenden Auseinandersetzungen sein“, betont Alexander Hummel vom Bundesvorstand.

19. bis 21. Juli, bei Furtwangen: Vollversammlung Linksjugend [‘solid] Baden-Württemberg

Um sich auf den Bundestagswahlkampf vorzubereiten, trifft sich die Linksjugend BW vom 19. bis 21. Juli in der Fritz-Lamm Bildungsstätte auf dem Zeltlagerplatz Stöcklewald in Furtwangen. Außerdem werden wir auch unsere Kampagnenideen weiter ausarbeiten und uns mit einigen Satzungsanträgen befassen. Es steht zudem eine Nachwahl für den LandessprecherInnenrat (Lspr) auf der gemischten Liste an. Damit das Programm am 20.7. pünktlich um 10 Uhr beginnen kann, ist die Anreise bereits ab Freitagabend möglich. Unterbringung erfolgt im Zelt. Wer aber einen der begrenzten Schlafplätze reservieren möchte, kann dies unter lspr@linksjugend-solid-bw.de tun und sollte den Schlafsack nicht vergessen. Weitere Fragen bitte ebenfalls an diese Adresse.

Vor 65 Jahren: Generalstreik in Württemberg-Baden

Von Sybille Stamm

In den letzten fünf Jahren gab es in Europa 40 Generalstreiks – in Spanien, Griechenland, Italien, Portugal Frankreich und vielen anderen Staaten. Davon ausgenommen: Deutschland. Warum? Bei uns herrscht – bezogen auf Streik – Richterrecht und kein Verfassungsrecht!

Vor Gründung der Bundesrepublik war das anders.

1948 – vor 65 Jahren – gab es zwei landesweite und einen regionalen Generalstreik in Württemberg-Baden.

- am 3. Februar 1948 streikten eine Million ArbeitnehmerInnen in Württemberg-Baden
- am 28. Oktober streikten in Stuttgart 100 000, und
- am 12. November 1948 streikten in den Bi-Zonen (USA und England) neun Millionen ArbeitnehmerInnen, davon eine Million in Württemberg-Baden.

Die Generalstreiks vor 65 Jahren werden allgemein als „Hungerstreiks“ bezeichnet. Natürlich ging es auch um die Ernährungsfrage. Politisch ging es jedoch um mehr. In der Begründung des Gewerkschaftsbundes für den 24-stündigen Generalstreik am 3.2.1948 heißt es: „Unsere planlose, auf Gewinnsucht eingestellte Wirtschaft muss durch eine geplante und gelenkte Wirtschaft ersetzt werden“ und weiter: „Die Gewerkschaften erklären wiederholt ihre Bereitschaft, am Neubau einer demokratischen Wirtschaft und eines echten demokratischen Staates mitzuarbeiten. Die Gewerkschaften fordern erneut das

Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Gestaltung und Verwaltung der Betriebe und der Gesamtwirtschaft.“ (Scherer, Schaaf, Dokumente zur Geschichte in Württemberg und Baden 1848-1949).

Drei Jahre nach Kriegsende hatten die Gewerkschaften immer noch kein Mitbestimmungsrecht in Wirtschaft und Gesellschaft, weil es die Alliierten nicht wollten. So waren den ArbeitnehmerInnen in der französisch besetzten Zone jegliche Streikaktivitäten verboten. Die Gewerkschaften in der Bi-Zone mussten den Generalstreik am 3.2.1948 auf Anweisung der Alliierten als „Protestaktion“ deklarieren

Natürlich war eine der wichtigen Forderungen der Gewerkschaften die Entfernung aller Nazis aus Wirtschaft und öffentlichem Dienst.

Die KPD, die die Generalstreiks aktiv unterstützte, erklärte am 5. März 1948 ihren Austritt aus den sogenannten Spruchkammern, die für die Entnazifizierung zuständig sein sollten mit folgender Begründung: „Die Wirtschaftsführer der Nazi-Zeit bleiben ... vollkommen unangetastet. Eine große Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten sitzt heute erneut in hohen und höchsten Stellungen. Die „Schwäbische Donau-Zeitung“ vom 31.1.1948 berichtet, dass im Justizministerium 73,3 % ehemaliger Nazis im höheren und gehobenen Dienst sitzen, in der Präsidialstelle Baden 75%.“ Und so war es auch in allen anderen Ministerien. Filbinger lässt grüßen.

Der große Generalstreik am 12. November 1948 mit neun Millionen

streikenden Menschen, – übrigens der größte Streik seit dem Kapp-Putsch gegen die Nazis 1920 – hatte neben der Forderung nach Entnazifizierung die Ziele: gegen die Preistreiberei der Unternehmer, für höhere Löhne und eine Wirtschaftsdemokratie, die diesen Namen auch verdient! Die Alliierten versuchten, den Generalstreik zu behindern zum Beispiel durch ein Demonstrations- und Versammlungsverbot, denn er hatte auch insofern eine große Brisanz, als im Zentrum der Kritik der Gewerkschaften der einflussreichste Mann im Wirtschafts- und Verwaltungsrat, Ludwig Erhard, stand. Er hatte mit der Währungsreform im Juni 1948 nicht nur breite Teile der Bevölkerung um ihre Ersparnisse gebracht, er hatte auch die Aufhebung jener Preiskontrollen durchgesetzt, deren Wiedereinführung Arbeiter und Angestellte nun forderten.

Immerhin: die Generalstreiks hatten begrenzten Erfolg. Die Ernährungslage wurde verbessert, es gab einen neuen Manteltarifvertrag in der Metallindustrie in Württemberg-Baden, tarifliche Urlaubsabkommen, bis zu 15 % Tarifierhöhungen.

Und heute? Generalstreiks sind durch Richterrecht verboten. Es darf nur branchenbezogen und zu Tariffragen gestreikt werden. Das Grundgesetz allerdings bietet für ein Verbot eines Generalstreiks keine Grundlage.

Es ist an der Zeit, von den Generalstreiks 1948 zu lernen. Anlässe gibt es genug.

Immerhin steht im § 16 des geltenden Manteltarifvertrags der Druckindustrie, dass Friedenspflicht herrscht, „es sei denn, der DGB ruft zum Generalstreik auf“.

Wenn das keine Steilvorlage für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer ist?



12. August 1948: Gegen Preiswucher und Lohnstopp in Frankfurt am Main und am 21. Oktober 1948 in Nürnberg.

Bildungsreform

Stuttgart, 13. Juli, Veranstaltung zum Thema Bildungsreform, Veranstalter LAG Bildung und RLS. 14 Uhr, in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Ludwigstr. 73A in Stuttgart

Sommerfest

Leonberg, 14. Juli, Sommerfest; mit Bernd Riexinger und Richard Pitterle; Ab 15 Uhr, Stadthallenrestaurant „Ver-nissage“; Römerstraße 110

„Braunes Netz“

Karlsruhe, 18. Juli; „Das braune Netz“ – Vortrag und Diskussion mit Markus Bernhardt (Journalist) und Karin Binder (MdB). 19.00 Uhr, Planwirtschaft, Werderstr. 28, Karlsruhe

Wahlkundgebung mit Bernd Riexinger

Stuttgart, 19. Juli, ab 11 Uhr, Wahlkampfauftakt mit Bernd Riexinger, in der Fußgängerzone und Kundgebung am Rotenbühlplatz. Öhringen; 19. Juli; 19 Uhr, Veranstaltung mit Bernd Riexinger.

Pflege in Not

Tübingen, 24. Juli; „Pflege in Not – Gesundheit ist keine Ware“ Veranstaltung zu Krankenhausfinanzierung mit Dr. Thoma Böhm (Verdi), Harald Weinberg (MdB), Heike Hänsel (MdB), Angela Hauser (Personalratsvorsitzende). 19 Uhr, Bürgerheim, Schmidtorstraße 2.

CSD in Stuttgart

Stuttgart, 27. Juli; CSD Stuttgart mit linker Beteiligung: 13 h Aufstellung; 16 h Demonstration ab Böblinger Straße; 18.15 h Kundgebung Schlossplatz.

Wahlkundgebung mit Heike Hänsel

Freiburg, 27. Juli, Wahlkampfauftakt mit Heike Hänsel, Marktplatz, Freiburg-Weingarten, 14-18 Uhr, Straba-Haltestelle Krozinger Straße.

Wahlkundgebung mit Klaus Ernst

Ravensburg; 31. Juli; 13.30 Uhr, Klaus Ernst und Wahlkreiskandidat Michael Konie-

czny in Ravensburg. Friedrichshafen 31. Juli; 18 Uhr, Klaus Ernst und Annette Groth, VfB-Gaststätte Teuringer Str. 2.

CSD in Mannheim

Mannheim, 10. August; CSD mit Beteiligung der LINKEN; 15 h; Kurpfalzstraße

Sommerfest mit Bernd Riexinger

Stuttgart; Sommerfest; Samstag, 10. August 2013 von 14-22 Uhr mit Bernd Riexinger, Sabine Leidig und Sevim Dagdelen sowie den Livebands Chain of Fools, Einheitsfront und Lucky Bastards. Berger Festplatz, Unterer Schloßgarten, 70190 Stuttgart.

Tour mit Ilja Seifert

20. bis 22. August; Tour mit Ilja Seifert, MdB und behindertenpolitischer Sprecher der LINKEN; voraussichtlich Mannheim, Rottweil, Stuttgart, Tübingen.

Wahlkundgebungen mit Ulrich Maurer

Heidelberg, 9. September, 19 Uhr, Ulrich Maurer im Verdi-Haus. Waiblingen (?) 10. September, Veranstaltung mit Uli Maurer

Zentrale Wahlkundgebung

Stuttgart, 11. September, ab 16 Uhr, Schlossplatz. Landeszentrale Wahlkundgebung voraussichtlich mit Sahra Wa-



Das Spitzenteam der LINKEN für den Bundestagswahlkampf: Diana Golze, Jan van Aken, Gregor Gysi, Nicole Gohlke, Dietmar Bartsch, Caren Lay, Sahra Wagenknecht und Klaus Ernst.

genknecht, Michael Schlecht, Heike Hänsel, Christina Frank und Marta Aparicio.

Wahlveranstaltung mit Bernd Riexinger

Karlsruhe, 11.9. Abendveranstaltung mit Bernd Riexinger und französischen Gästen im „Tollaus“

Wahlkundgebungen mit Ulrich Maurer

11. September voraussichtlich in Herrenberg 19.30 h, Veranstaltung mit Uli Mauer.

12. September, Wahlkreis Biberach; Ulrich Maurer in Riedlingen oder Biberach

Bodensee, 13. September: Ulrich Maurer um 14 Uhr in Friedrichshafen. 17.30 Uhr in Konstanz.

Abendveranstaltung voraussichtlich in Sigmaringen oder Rottweil.

Wahlkundgebungen mit Gregor Gysi

Sindelfingen, 14.9.; Gregor Gysi um 11 Uhr auf dem

Marktplatz mit Richard Pitterle (MdB)

Ludwigsburg, 14.9. um 13.30 Uhr mit Gregor Gysi (Ort wird noch bekannt gegeben) und den Bundestagskandidaten Peter Schimke (Ludwigsburg) und Walter Kubach (Neckar-Zaber)

Heilbronn, 14.9., Gregor Gysi um 15 Uhr auf dem Kiliansplatz mit den Bundestagskandidaten Heinz Deining (Heilbronn), Volker Bohn (Tauber-Odenwald) und Florian Vollert (Schwäbisch Hall-Hohenlohe).

Nicht vergessen: Wahltag!

22. September: Bundestagswahl

Landesausschuss

6. oder 13. oder 20. Oktober: Landesausschuss

Landesparteitag

23. und 24. November: Landesparteitag der LINKEN in Stuttgart

LAG Hartz IV fordert landesweites Sozialticket

In einem Schreiben mit Datum vom 1. Mai an Ministerpräsident Kretschmann begründete der SprecherInnenrat der Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV die Forderung für ein landesweites Sozialticket in Baden-Württemberg. In dem Brief wird auf das Recht auf Mobilität für alle MitbürgerInnen hingewiesen. Für Hartz IV-Berechtigte und Menschen mit geringem Einkommen soll ein Fahrticket im jeweiligen Stadt- oder Landkreis geschaffen werden, das für mindestens drei Waben gilt. In einigen Städten gäbe es ein Sozialticket, in anderen nicht. Der Preis für das verbilligte Ticket dürfe den im Regelsatz für Mobilität vorgesehenen Betrag von 20,30 Euro nicht übersteigen. Inzwischen bekam die LAG drei Antworten. Das Staats-

ministerium verweist auf die Zuständigkeit des Verkehrsministeriums. Hartmut Bäumer, Ministerialdirigent im Verkehrsministerium, verweist auf die Zuständigkeit der Kommunen und der regionalen Verkehrsträger. Wegen der regierungsamtlichen Vorgabe der „Nullverschuldung“ sei eine Kostenübernahme für das Land nicht möglich. Eine ähnliche Antwort kam auch aus dem Sozialministerium: das müssten die Kommunen machen; eine Landesförderung sei mit „Blick auf die Haushaltslage“ nicht möglich. Trotz Schuldenbremse der Grüne-SPD-Landesregierung will sich die LAG Hartz IV weiter zusammen mit Sozialinitiativen und Kommunalpolitikern für Sozialtickets einsetzen.



Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

Geschäftsführender Landesvorstand:

Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de • Heidi Scharf, mobil: 0170/2198360, eMail: heidischarf672@gmail.com • Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kreisverbände

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Iltingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-prohandel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Gabi Grosse, 71624 Remshalden, Tel.: 07151/271960, Mail: gaby.grosse@arcor.de, net: http://www.die-linke-esslingen.de/

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffenegring 2, 79098 Freiburg, Tel.: 0761/29280730, Mail: vorstand@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbrunn, Tel.: 0160-5330030, Hacı Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

Heidelberg / Badische Bergstraße

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Str. 14, 69469 Weinheim, Tel: 06201/876758; Mail: carsten.labudda@dielinke-kv-heidelberg.de; Net: www.dielinke-kv-heidelberg.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de.

Heilbronn

Volker Bohn, Maulbronner Straße 4/1, 74336 Brackenheim, 0151-14906528, volker.bohn@die-linke-heilbronn.de
Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Künzelsau, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de. www.die-linke.sha.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstraße 21, 79539 Lörrach, Mail: kreisvorstand@dielinke-loerrach.de; Net: www.dielinke-loerrach.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Net: www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, info@die-linke-pforzheim.de. www.die-linke-pforzheim.de

Ravensburg

Michael Konieczny, Webergasse 9, 88299 Leutkirch, Tel.: 0162-1332334, Mail: m_konie@web.de, Net: www.die-linke-ravensburg.de

Rems-Murr

Jörg Drechsel, Bürgerwaldstr. 28, 71549 Auenwald, Tel.: 07191/903344, mail: joerg@drechsel.info • Reinhard Neudorfer, eMail: reinhard.neudorfer@die-linke-remsmurr.eu, Net: http://dielinke-rems-murr.de/

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

Sigmaringen

Lisbeth Berg, Tel. 07431/800753 linke-kv-sigmaringen@web.de http://www.linke-sigmaringen.de/

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, paul.barrois@web.de, Nicole Stadler, nstadler@dator.de. www.die-linke-waldshut.de,

Zollernalb

Über Landesgeschäftsstelle Stuttgart

Zusammenschlüsse

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 72070 Tübingen, Tel.: 0162-2352964, mail@stefandreher.de

AG Bildung

über Landesgeschäftsstelle

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, Silvia.Ofori@t-online.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, lothar_schuchmann@gmx.de

AG Grundeinkommen

Eva-Maria Glathe-Braun, Tel.: 0731-3600260, evamaria_glathe@gmx.de

AG Hartz IV

Jan Albers, 69198 Schriesheim, 06203-6007596, jan.albers.maerz.1980@google-mail.com

Kommunistische Plattform

Renata Eckhoff, Tel. 07331-66520, renata.eckhoff@t-online.de

AG LiU Linke UnternehmerInnen

Volker Bohn, 74336 Brackenheim, Tel.: 0151-14906528, volker.bohn@dielinke-unterland.de

AG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, Ostfildern, 0170/8006210, wolfgang-kaemmerer@t-online.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Stadtrat-Staehle@gmx.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Gotthilf Lorch, Tübingen, 07071/369783, gotthilf.lorch@amici-tue.de

Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: dielinke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestagsabgeordnete

Regionalbüro Ostwürttemberg

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de
Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net

Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de
Bürgerbüro Heidelberg, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/7293531, Fax: 06221/7293530, Mail: edgar.wunder@michael-schlecht.net

Wahlkreisbüro Annette Groth

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de
Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Inge.Jakowlew@dielinke-bodensee.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org
www.dieLinke-rv-stuttgart.de

22 Mandate der LINKEN in 15 Kreistagen

Biberach, Ulrich Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen**, Harry Ladwig, harryladwig@aol.com • **Bodensee**, Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen**, Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim**, Horst Mack, elli.nerz@freenet.de, Heidenheim • **Heilbronn**, Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke,

peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber**, Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau**, Reinhard Bross, reinhard-bross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb**, Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg**, Till Bastian Dr., t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de, Isny • **Rems-Murr**, Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen**, Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar**, Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim.buchholz@dielinke-rhein-neckar.de, Leimen • **Tübingen**, Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen

39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

Aalen, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen**, Werner Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg**, Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrik Guzzoni, hst.guzzoni@web.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de • **Geislingen**, Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen**, Christian Staehle, Stadtrat-Staehle@gmx.de • **Heidelberg**, Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorentz@on-linehome.de • **Heidenheim**, Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn**, Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe**, Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanale.de • **Kehl**, Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz**, Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, h.reile@seemoz.de • **Kornwestheim**, Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr**, Lukas OBwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen**, Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de • **Mannheim**, Thomas Trüper, thomas.trueper@mannheim.de • **Pforzheim**, Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen**, Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar**, Emanuel Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd**, Peter Müller, peter.mueller.sg@gmx.de; Sebastian Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen**, Richard Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen**, Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart**, Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen**, Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm**, Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim**, Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de



Kandidatinnen
und Kandidaten
in ihren Wahlkreisen
zur Bundestagswahl 2013

